

Ältere Menschen – Selbstbestimmung und Selbstorganisation

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Einführung | 3 |
| Selbstbestimmung und Selbstorganisation älterer Menschen in Deutschland – Warum? Prof. Dr. Dr. Roland Schöne | 4 |
| Selbstbestimmung und Selbstorganisation älterer Menschen in Polen – Warum? Anna Chabiera | 8 |
| Grundprinzipien der Funktionsweise des Landesseniorenrates Thüringen Dr. Jan Steinhaußen | 14 |
| Das Funktionieren von Seniorenräten am Beispiel des Warschauer Seniorenrats Wojciech Kałkusiński | 20 |
| Selbstorganisation und Engagement älterer Menschen aus Sicht der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen Silke Leicht | 26 |
| Selbstorganisation und Aktivität von Senioren aus der Sicht der Universitäten des dritten Lebensalters Krystyna Męcik | 29 |
| Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Seniorinnen und Senioren aus Sicht der Seniorenvertretung Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin Dr. Dieter Kloß | 33 |
| Die Vertretung der Interessen von Senioren und der Markt von Waren und Dienstleistungen Marzena Rudnicka | 37 |
| Auf dem Weg zum Aufbau einer Interessenvertretung für Seniorenorganisationen in Polen – Ansätze und Umsetzung Bartłomiej Głuszak | 42 |
| Ein paar Worte zum Schluss... | 47 |

Einführung

Die vorliegende Veröffentlichung wurde im Rahmen des Projekts "Deutsch-Polnische Seminarreihe als Beitrag zur Entwicklung der Seniorenaktivitäten und der Seniorenpolitik in Polen und Deutschland" in Zusammenarbeit zwischen EUROSIZIAL e.V. Paritätischer Verein für deutsch-polnische und europäische Zusammenarbeit und der Geschäftsstelle Internationale Altenpolitik der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen e.V. erstellt. Das Booklet wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Die Alterung der Bevölkerung ist ein universelles Problem, das durch den Rückgang der Geburtenraten und die Erhöhung der Lebenserwartung verursacht wird. Im Jahr 2019 waren 20% der Bevölkerung in der Europäischen Union über 65 Jahre alt. Immer mehr ältere Menschen wollen sich sozial und freiwillig engagieren, Vereinigungen gründen, Sprachen lernen, neue Hobbys kennenlernen und vor allen Dingen über sich selbst entscheiden – und auch auf politische Entscheidungen über ihre Zukunft Einfluss nehmen.

In der Publikation präsentieren die Autorinnen und Autoren Möglichkeiten und Beispiele der Selbstorganisation, Selbstbestimmung und Anpassung von Dienstleistungen für Seniorinnen und Senioren an die sich ändernden Bedürfnisse. Ziel des Booklets ist es, Informationen bereitzustellen, die für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nützlich sind, unter der besonderen Berücksichtigung der Aktivitäten von älteren Menschen.

Viel Spaß beim Lesen!

Izabela Czuba
Projektkoordinatorin

Selbstbestimmung und Selbstorganisation älterer Menschen in Deutschland – Warum?

Prof. Dr. Dr. Roland Schöne

Infolge des demographischen Wandels hat sich die Zahl der Älteren in Europa und besonders in Deutschland wesentlich erhöht und wächst weiter. Ursache ist eine Unterjüngung (niedrige Geburtenzahlen) und nicht wie oft negativ gesagt wird eine Überalterung. Der Wunsch der Älteren ist es, lange selbstbestimmt und selbstorganisiert gesund zu leben.

Noch niemals waren die in Deutschland lebenden Älteren im Durchschnitt so alt und gesund wie in der jetzigen Zeit.

Sie erlebten erstmalig im Heimatland keinen Krieg mit Kriegstoten, -verletzten, Flucht und Vertreibung. Daraus erwächst auch ihre Verpflichtung, alles zur weiteren Friedenssicherung zu tun – im Dialog mit der jüngeren Generation. Die Zahl der Kriegsteilnehmer wird immer kleiner, und ihre Kriegserfahrungen sollten digital konserviert werden, damit sie verbreitet und nicht vergessen werden.

Die wachsende Zahl älterer Menschen ist meist in den Bereichen Freizeit, Ehrenamt und zunehmend nachberuflich aktiv, leider noch zu wenig auf politischen Gebieten, weshalb die politische Bildung und ihre Anwendung für Ältere ausgebaut werden sollte.

Um diese Forderung der Älteren nach selbstbestimmten und -organisierten Leben noch

besser und schneller zu erfüllen, fehlt es an politischem Lobby in den regierenden Parteien, obwohl diese Bevölkerungsgruppe 65+ schon gegenwärtig einen wachsenden Bevölkerungsanteil von 25–35% in den deutschen Bundesländern ausmacht. Leider engagieren sich nicht alle älteren Parlamentarier auch für die eigene Zielgruppe.

Seniorenvertretungen bestehen noch nicht in allen Kommunen, obwohl die Kommunalverfassungen dies enthalten. Sie sind zu wenig in politische Entscheidungen der regierenden Parteien in den kommunalen und Landesparlamenten mit Anhörungs-, Rede- und Abstimmungsrecht einbezogen. Nur auf diese Weise können Sie gemeinsam mit den Jüngeren die gesamtgesellschaftliche Entwicklung mitbestimmen.

Meist entscheiden die Kommunalparlamente, die von den Seniorenbeiräten beraten werden sollen, wer von den Kandidaten gewählt werden darf und sind zugleich selbst stimmberechtigte Mitglieder im Seniorenbeirat. Sie beraten sich also selbst! Erst in wenigen Kommunen, wie z.B. in Berlin, wählen die Älteren wirklich selbst demokratisch die Mitglieder ihrer Seniorenvertretung – unabhängig vom Stadtparlament.

Das große Potential für diese ehrenamtliche Tätigkeit erfordert verbesserte Rahmenbedingungen. Dazu gehören die Motivation, Beratung und Weiterbildung für ehrenamtliche Aufgaben für die Gesellschaft und zugleich im eigenen Interesse. Die erfolgreichen Aktivitäten der Seniorenvertretungen sind mehr öffentlich und in den Medien zu würdigen, um zu zeigen, Politikverdrossenheit ist falsch! Gemeinsam können alle et-

was bewegen! Dazu können auch Netzwerke von Senioreneinrichtungen in den Regionen wesentlich beitragen.

Auch in die Entwicklung einer Inklusionsstrategie müssen mehr Ältere aktiv einbezogen werden, da Jüngere deren Bedürfnisse zu wenig kennen. Inklusion umfasst auch das Verbot der Altersdiskriminierung. Allein wegen des Alters darf kein Mensch benachteiligt werden.

Selbstorganisierte Aktivitäten der Älteren setzen die dafür erforderlichen Kompetenzen, Beratungen und Unterstützung voraus. Die altbekannte Erkenntnis und Forderung „Ehrenamt braucht Hauptamt“ ist in vielen kommunalen und Landesverwaltungen noch zu wenig in konkreter Form und im ausreichenden Umfang umgesetzt. Dies erfordert auch eine stärker geförderte allgemeine Weiterbildung Älterer, insbesondere auch auf den Gebieten der Technik, besonders Kommunikationstechnik, um auch den technischen Fortschritt stärker kompetent nutzen zu können. Unzureichende digitale Kompetenzen und Breitbandabdeckung werden gerade erst jetzt in Zeiten der Corona-Pandemie zum großen Nachteil besonders für die ältere Generation in ländlichen Regionen. Daher sind nicht allein digitale sondern auch analoge Informationen (Schriften und Fernsehen) noch erforderlich.

Wichtig ist, sich in den Banken-, Wirtschafts- und Dienstleistungsbereichen mehr auf die Zielgruppe und Bedürfnisse Älterer einzustellen und verständlich zu kommunizieren. Beispielhafte Angebote sind mit Gütesiegeln für „Seniorenfreundliche Einrichtung und Dienstleistungen“, wie z.B. in

Sachsen-Anhalt, in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen.

Auch in die Entwicklung von seniorenge-rechten Produkten und Dienstleistungen welche selbstbestimmtes Leben erleichtern, sollten die meist jüngeren Entwickler immer auch ältere erfahrene Fachleute aus der nachberuflichen Lebensphase mit einbeziehen. Damit wird das große Potential Älterer an Lebens- und Berufserfahrungen für neue bedarfsgerechte innovative Angebote an Produkten und Dienstleistungen erschlossen und wechselseitiges Lernen zwischen Älteren und Jüngeren mit Wertschätzung gefördert. Beispiele sind das Forschende Lernen im Technikbereich mit Unternehmen am Seniorenkolleg an der TU Chemnitz, mit z.B. drehbaren Kühlschrankschubladen und Möbeln oder auch die einfache Nutzung von Smartphones, um der Forderung gerecht zu werden: „Das Internet und die Breitbandversorgung muss zu den Älteren kommen und nicht umgekehrt.“

Ehrenamtsbörsen bedürfen mehr Analysen zum Ist-Stand, zu dem Bedarf, was konkret getan werden sollte und zur Optimierung, z.B. dafür erforderliche Versicherung, erhöhte Aufwandsentschädigung (z.Zt. nur 2 € /Std.), die unzureichend ist und schon kaum die Fahrtkosten deckt.

Das Interesse am selbständigen gemeinschaftlichen Wohnen und Leben nimmt infolge des demographischen Wandels zu.

In Deutschland hält die Zunahme der Vollzeit-Pflegeplätze in neuen Heimen oder Umbauten von Hotels u. a. zu privaten Seniorenheimen weiter an, die von Investoren

mit hohen Renditeerwartungen von bis zu 8 % gebaut werden. Diese Pflegeplätze sind von ärmeren Älteren, wovon viele Sozialhilfe beziehen, insbesondere in Großstädten oft unbezahlbar, mehr kommunale Angebote sind dringend nötig.

Zur Unterstützung des selbstbestimmten und -organisierten Lebens sind mehr Tagespflegeplätze und Anlagen für betreutes selbständiges Wohnen nachgefragt, die auch noch viel Freiraum erlauben und soweit erforderlich bedarfsorientiert Unterstützungs- und Pflegeleistungen anbieten.

Hier leben Ältere in eigenen Wohnbereichen auch z.T. mit eigenen Möbeln. Sie können bei Bedarf die Gemeinschaftseinrichtungen (Restaurant, Bibliothek, Klub, Freizeit-, sowie medizinische Angebote u. a.) nutzen. Auch an der gemeinsamen Speisenzubereitung oder an Gartenarbeiten können sie teilnehmen und werden bei Entscheidungen im Heim von der Heimleitung im Heimbeirat mit einbezogen. Die Heimgestaltung ist unterschiedlich entwickelt und abhängig von der Heimleitung und gegenwärtig von den von ihnen erlassenen Hygienevorschriften, dies betrifft auch die z. B. Haltung von Haustieren im Heimbereich.

In Deutschland wächst auch das Interesse an selbstorganisierten generationenübergreifenden Wohngemeinschaften, wofür beispielhaft die Genossenschaft „Lebensraum Gemeinschaft Jahnishausen“ bei Riesa in Sachsen genannt werden soll. Diese wurde von 7 älteren Damen 2001 in einer ersteigerten verfallenden Schlossanlage als Genossenschaft gegründet und erfolgreich

organisiert. Heute werden die sanierten Gebäude gemeinsam von Älteren und jüngeren Familien mit 53 Menschen bewohnt.

Diese Entwicklung von generationenübergreifenden Wohnformen sollte in Zukunft von den bestehenden kommunalen Wohnungsgenossenschaften gezielt durch entsprechende Belegung und barrierefreie Erreichbarkeit unterstützt werden. Die von der Bundesregierung in Deutschland geförderten 450 Mehrgenerationenhäuser dienen primär zur sozialen Begegnung mit Bildungs-, Kultur- und Freizeitangeboten der Älteren aber auch mit Jüngeren, wobei die generationsübergreifende Begegnung oft noch zu kurz kommt. Leider werden in diesem Förderprogramm keine nachgefragten Wohngemeinschaften unterstützt. Diese gemeinschaftlichen Wohnformen sollten in der weiteren Entwicklung von kommunalen, Landes- und Bundesförderprogrammen mehr Berücksichtigung finden und würden Alterseinsamkeit reduzieren und die wechselseitige Unterstützung fördern.

Die genannten Angebote müssen für alle Älteren bezahlbar sein. Deshalb sind die wachsenden sozialen Unterschiede zwischen Armut und Reichtum Älterer ein großes Problem. Altersarmut ist oft zu wenig sichtbar und muss mehr in der Öffentlichkeit transparent gemacht werden, wie es gegenwärtig auch bezogen auf die wachsende Alters-einsamkeit in der Zeit der Coronapandemie deutlicher wird. Für Politiker ist das Thema Altersarmut nicht attraktiv und wird oft zu wenig bei konkreten politischen Zielstellungen beachtet. Andererseits sind einige reiche Menschen bereit, höhere Steuern und

Abgaben freiwillig zu zahlen, um beizutragen, die bestehenden großen und wachsenden Unterschiede zu reduzieren, um gesellschaftliche Konflikte zu vermeiden. Damit könnte die Selbstbestimmung und -organisation Älterer mit entsprechenden sozialen Angeboten in den Begegnungsstätten deutlich erweitert werden.

Zu verändern ist auch die Besteuerung der Renten und Abzüge für nachberufliche Tätigkeiten im öffentlichen Dienst, um dieses Potential für die Gesellschaft zu nutzen.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer mehr auseinander. So sind manche Reiche durch die Corona-Pandemie noch reicher geworden sind, z.B. (im Versandhandel) und Arme noch ärmer (infolge der wachsenden Zahl Armer zur Nutzung der finanziell begrenzten Sozialleistungen, u. a. bei der Versorgung durch Tafeln zur kostenlosen Abgabe von Nahrungsmitteln, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Teilzeitarbeitsplätze und wegbrechender Nebenverdienste).

Positiv ist die Entwicklung auf dem Gebiet der Patienten-, Bestattungsverfügungen, und Vorsorgevollmachten zu sehen, wo alle Menschen selbständig mit noch mehr Beratungsangeboten entscheiden, wie sie im Falle von Krankheiten bis zum Tode ihren Willen selbstbestimmt festlegen können. Leider reichen die Angebote auf den Gebieten der Palliativmedizin und die Zahl der Hospizplätze noch nicht aus, um den wachsenden Bedarf zu decken, würdevoll nach eigenem Wunsch zu sterben.

Trotz der genannten Probleme und Mängel sind viele Ältere bescheiden und zufrieden. Jedoch haben viele arme und einsame ältere Menschen mit ihren großen Lebensleistungen einen Anspruch auf eine größere Einbeziehung und Unterstützung durch die Gesellschaft und diesen verdient.

Immer wieder sollte auch die europäische Zusammenarbeit unter den Älteren mehr unterstützt werden. Obwohl Ältere als Touristen viel reisen, kommt dabei meist die Begegnung und der Erfahrungsaustausch mit den Älteren in anderen Ländern zu kurz. Durch kommunale Förderung, z.B. bei Städtepartnerschaften, mittels Landesförderung für Grenzregionen, z.B. für Seniorenbotschafter für Sachsen und Polen, oder in EU-Förderprogrammen, z.B. Erasmus+, sollten Ältere verstärkt in die wichtige politische und kulturelle Zusammenarbeit in Europa einbezogen werden.

Ohne fördernde und erleichterte Rahmenbedingungen durch die EU, dem Bund, die Länder, Kommunen und Einrichtungen sind Ältere allein nicht in der Lage, das Ziel zu erreichen: „Senioren aller Länder vereinigt euch für ein friedliches Europa für alle Generationen!“

Prof. Dr. Dr. Roland Schöne
Wissenschaftlicher Leiter des Seniorenkollegs
an der TU Chemnitz

Seniorenkolleg an der TU Chemnitz
09107 Chemnitz
Deutschland
roland.schoene@gmx.net

Selbstbestimmung und Selbstorganisation älterer Menschen in Polen – Warum?

Anna Chabiera

Der Impuls zur Ergreifung der Initiative in eigener Sache oder für eine breitere Gruppe ist die Wahrnehmung eines Bedürfnisses (oder mehrerer Bedürfnisse), das nicht erfüllt wird und für die jeweilige Person oder Gruppe von Belang ist. Ein Impuls kann auch das Gefühl der Benachteiligung, ungerechter oder schlechterer Behandlung in Vergleich mit anderen Personengruppen sein. In diesem konkreten Fall – die schlechtere Behandlung aufgrund des Alters.

Ein Beispiel für die Identifizierung einer solchen Ungerechtigkeit – oder besser gesagt: einer Diskriminierung – aufgrund des Alters war die Feststellung, dass Frauen, die im Jahr 1953 geboren wurden und früher in Rente gingen, weniger Geld bekommen als Frauen des Jahrgangs 1952, obwohl diese genauso und genau so viel gearbeitet haben und ebenfalls früher in Rente gegangen sind.¹ Dies war ein Nebeneffekt der Einführung neuer Vorschriften über die Frührente im Jahr 2012. Der Beauftragte für Bürgerrechte (Ombudsmann) legte 2016 Klage gegen die fehlerhaften Rechtsvorschriften beim

Verfassungsgericht ein, das 2019 in einem Urteil die Verfassungswidrigkeit dieser Bestimmungen feststellte. Diese Geschichte hat ihre weiteren Peripetien, aber von wesentlicher Bedeutung für das hier dargestellte Problem sind die Erfahrungen einer der Betroffenen. In einem Gespräch mit Mitarbeiterinnen des Büros des Bürgerrechtsbeauftragten² berichtete sie darüber, dass sich ihre Einstellung als die einer Person, die sich nicht dessen bewusst war, dass „etwas nicht in Ordnung ist“ und ihre Rechte verletzt werden, unter dem Einfluss der Informationen über das Urteil des Verfassungsgerichts und anschließend des Kontakts mit den Bürgerrechtlern gewandelt habe. Elf Jahre nach Zuerkennung der Rente begann sie nicht nur in eigener Sache an der Sozialversicherungsanstalt (Zakład Ubezpieczeń Społecznych, ZUS) mit einem Antrag auf Neuberechnung ihrer Rente vorzugehen (obwohl sich schon früher mit Bitte um Information an die Behörde gewandt hatte, damals aber „von der Wand abgeprallt war“), sondern außerdem ihre Nachbarinnen und Bekannten dazu zu überreden, sich dieses Themas anzunehmen. Die Differenz bei der Höhe ihrer Rente belief sich nach der Neuberechnung auf 800 Złoty (zum Vergleich: 2019 bezogen Frauen in Polen meistens eine Rente in Höhe von 1600 Złoty).³

1 Barbara Imiołczyk, Agnieszka Jędrzejczyk, Aneta Kosz, *Z Urzędu. Nieurzędowy raport ze skarg, rozmów, spotkań z Rzecznikiem Praw Obywatelskich VII Kadencji 2015–2020 Adamem Bodnarem*, Warszawa 2020, S. 71, Zugriff: <https://www.rpo.gov.pl/sites/default/files/z%20urzedu%202020.pdf>.

2 Ebenda, S. 430–433.

3 Nach Angaben der Sozialversicherungsanstalt ZUS betrug im Jahr 2019 die Durchschnittsrente für Frauen ca. 1900 Złoty und die Mediane ca. 1600 Złoty, für Männer entsprechend 2800 Złoty bzw. 2 200 Złoty. Nach: Zakład Ubezpieczeń Społecznych, *Struktura wysokości świadczeń wypłacanych przez ZUS po waloryzacji w marcu 2019 roku*, Warszawa 2019, S. 21.

Ich möchte in der verkürzten Darstellung dieser Geschichte auf folgende Elemente hinweisen: das anfängliche Fehlen von Wissen über die schlechtere Verrentung, das Fehlen von Wissen über die geltenden Vorschriften und die schrittweise Veränderung, die diese Frau – auch unter dem Einfluss von Gesprächen mit anderen – durchlaufen hat: hin zu einer Person, die sich für Vorschriften interessiert und auf deren Grundlage eine positive Veränderung ihrer eigenen Situation, später auch von anderen Personen, die sich in einer ähnlichen Lage befanden, erreicht hat. Mit anderen Worten: den Übergang von Unwissenheit und Ratlosigkeit zu Aktivität und einem Bewusstsein für die Möglichkeiten der Einflussnahme.

Aufbau von Vereinigungen, Organisation von Bürgerbewegungen

In einer Situation, in der die Ziele breiter gestreut sind und deren Umsetzung langfristig erscheint, haben Basisinitiativen die Möglichkeit, sich von einer Bewegung in eine stärker formalisierte Struktur von Vereinen und Stiftungen umzuwandeln. Ein bekanntes Beispiel sind die sogenannten Universitäten des dritten Lebensalters (Uniwersytety Trzeciego Wieku, UTW), die das Ziel der Weiterbildung und Integration älterer

Menschen verfolgen und dabei in unterschiedlichen Formen tätig sind, über 56% von ihnen in Form von Vereinen.⁴ Die Zahl der UTW wächst ständig – 2019 gab es bereits 640 Einheiten – und nach Angaben des Statistischen Hauptamts belief sich die Zahl der Hörer auf ca. 113 000. Diese Zahl ist aber an die Gesamtzahl der Menschen im Alter ab 60 zu beziehen, die sich 2019 auf 9 700 000 belief (auf eine Gesamtbevölkerung von 38 400 000).⁵ Zusätzlich geht aus Erhebungen der Untersuchung der wirtschaftlichen Aktivität der Bevölkerung (Badania Aktywności Ekonomicznej Ludności, BAEL, dem Gegenstück des Labour Force Survey, LFS, der EU) hervor, dass in Polen an der formalen und nichtformalen Bildungsarbeit der UTW im Jahr 2018 nur 1,6 % der Personen im Alter von 55 bis 74 Jahren teilnahmen (bei einem EU-Durchschnitt von 5 %).⁶

Diese Zahlen illustrieren das Entwicklungspotenzial der Bildungsarbeit für Menschen im fortgeschrittenen Alter. Wenn man berücksichtigt, dass ältere Menschen in unterschiedlichen Untersuchungen sehr vielfältige Bildungsbedürfnisse anmelden, die auch mit den veränderten gesellschaftlichen Rollen in unterschiedlichem Alter zusammenhängen, scheint es, dass die staatlichen Strukturen Senioren zu wenig Möglichkeiten des lebenslangen Lernens bieten.

4 Ministerstwo Rodziny i Polityki Społecznej, *Informacja o sytuacji osób starszych w Polsce w 2019 r.*, Warszawa 2020 r. (dokument przyjęty przez Radę Ministrów w dniu 27 października 2020 r.), S. 59–60, Zugriff: <https://www.gov.pl/web/rodzina/informacja-o-sytuacji-osob-starszych-w-polsce-za-rok-2019>.

5 Ebenda, S. 7.

6 Ministerstwo Rodziny, Pracy i Polityki Społecznej, *Informacja o sytuacji osób starszych w Polsce w 2018 r.*, Warszawa 2019 r, S. 52–53, S. Zugriff: <https://www.gov.pl/web/rodzina/informacja-o-sytuacji-osob-starszych-w-polsce-za-rok-2018>.

Je tiefer im Wald, desto mehr Bäume

Die oben genannten Beispiele (Neuberechnung der Rentenhöhe, Erweiterung des Bildungsangebots) rekurrieren auf Bereiche, in denen ältere Menschen bereits den Bedarf nach Veränderungen identifiziert haben. Einerseits Veränderungen der Rechtslage, andererseits der Aufbau eines Systems der Förderung von Bildungsmaßnahmen für Senioren, auch durch Allokation von Geldmitteln. Als nächster Schritt erscheint die Schaffung einer Institution mit entsprechenden Ressourcen sinnvoll, die systemisch die Entwicklung der Seniorenbildung unterstützen könnte.

Außer diesen Bereichen gibt es jedoch noch weitere, ebenso wichtige Herausforderungen, wie etwa den Zugang zur Gesundheitsfürsorge, darunter langfristiger Pflege oder Palliativbetreuung, die unabhängig von der Art der Erkrankung gewährleistet werden sollte, die Vorbeugung von Vereinsamung und sozialer Isolation, die Ermöglichung von Autonomie und Selbstständigkeit, was – wie die Medienberichte in der Zeit der Pandemie zeigen – heute zusätzlich erschwert ist, insbesondere was die Bewohner von Pflegeheimen (in Polen sog. Sozialhilfeshäusern, Dom Opieki Społecznej, DPS) anbelangt. Dabei ist eben gerade die Möglichkeit, selbst über sich entscheiden zu können, also Autonomie und Selbstständigkeit, der Schlüssel zur Selbstbestimmung älterer Menschen, von der in diesem Beitrag die Rede ist.

Kurz gesagt: Den Katalog der Bedürfnisse und Aufgaben könnte man noch lange fortführen. In Polen existieren Nichtregierungsorganisationen, die auf diese Bereiche

und die damit verbundenen Kernprobleme aufmerksam machen. Ihre Stimme wird mit der Zeit immer deutlicher wahrgenommen. Es scheint aber, dass wir mehr von diesen Zündfunken benötigen, damit die Stimme der Senioren auf der Ebene der Landespolitik im Chor der unterschiedlichen Bedürfnisse stärker Gehör findet.

Sämtliche Bestrebungen von Seniorenorganisationen, ein stärkeres Mandat zur Vertretung älterer Menschen zu bekommen, etwa durch eine Erhöhung der Mitgliederzahlen, konkrete Aktionen oder Eingaben, deren Unterzeichner (mit unterschiedlicher Affiliation) auf die Grundbedürfnisse von Menschen im fortgeschrittenen Alter hinweisen, sind Gold wert. Auch deshalb, weil sie eine positive Selbstidentifizierung älterer Menschen mit ihrer Altersgruppe erleichtern. Es ist zu bemerken, dass die Unterzeichner durchaus auch anderen Organisationen als Seniorenverbänden angehören können. Die Suche nach Unterstützung etwa seitens der Jugendverbände kann zu einer vertieften intergenerativen Zusammenarbeit und besserem gegenseitigem Verständnis beitragen.

Zeit für Veränderungen – demografischer Wandel, Bedarf nach Anpassung auf lokaler Ebene

Die Tätigkeit für ältere Menschen muss intensiviert werden. Schon bald (2025) wird die Generation der geburtenstarken Jahrgänge nach dem Zweiten Weltkrieg in die Altersgruppe 80+ eintreten. Das bedeutet, dass der polnische Staat sich auf Landes-, Regional- und Kommunalebene auf einen Anstieg des Bedarfs nach Unterstützung,

Dienstleistungen und Integrationsmaßnahmen für Senioren einstellen muss.

Öffentliche Institutionen leisten schon sehr viel, wenn auch noch nicht immer perfekt, im Rahmen der Sozialdienste. Nichtsdestoweniger wird sich ohne eine entsprechende Anpassung der bestehenden Strukturen an den demografischen Wandel zeigen, dass wir „die Kurve nicht kratzen“. Unabdingbar ist daher eine Erhöhung der Geldmittel der Gemeinden für die Durchführung örtlicher Diagnosen der Bedürfnisse im Kontext der alternden Gesellschaft und anschließend die Vorbereitung adäquater Antworten auf die ermittelten Herausforderungen.

Der Beauftragte für Bürgerrechte hat in einem Schreiben an das damalige Ministerium für Familie, Arbeit und Sozialpolitik (Ministerstwo Rodziny, Pracy i Polityki Społecznej, MRPiPS)⁷ die Aufnahme einer Debatte über die Möglichkeit der Einführung einer Subventionierung zur Umsetzung verschiedener Aufgaben der Seniorenpolitik analog zur Subventionierung des Schulwesens angeregt. Das Ministerium hat dies nicht aufgegriffen. Möglicherweise würde es sich lohnen, diese Diskussion zunächst auf kommunaler Ebene und im Kreise der Seniorenorganisationen zu führen. Ohne eine entsprechende Infrastruktur und Förderung

auf lokaler Ebene wird die Realisierung vieler Postulate bezüglich der Rechte älterer Menschen weiterhin ein Wunschtraum bleiben.

Zeit für Veränderung – eine neue Wahrnehmung der Rechte älterer Menschen

Seit vielen Jahren ist in der internationalen Debatte über die Situation älterer Menschen eine deutliche Akzentverschiebung zu beobachten. Es entstehen immer mehr Untersuchungen zu diesem Thema; Berichte und Stimmen im öffentlichen Diskurs zeigen auf, dass die Rechte älterer Menschen nicht länger in den Kategorien der sozialen Rechte (Kampf gegen Armut) zu sehen sind, sondern in den Kategorien der Bürgerrechte, die auf die Ausschöpfung des ganzen Potenzials, über das Menschen im fortgeschrittenen Alter verfügen, ausgerichtet ist. Genannt sei ein Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte,⁸ aber auch der jüngste Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen über die Auswirkung der Covid-19-Pandemie auf das Leben älterer Menschen.⁹ In diesem Rapport formuliert der UNO-Generalsekretär – neben den zahlreichen Herausforderungen in Verbindung mit der Pandemie und dem Verweis auf die

7 Schreiben vom 19. Februar 2020, Zugriff: <https://www.rpo.gov.pl/pl/content/rpo-jak-przygotowac-sie-na-starzenie-spoleczenstwa>. Das Ministerium wurde 2020 in Ministerium für Familie und Sozialpolitik (Ministerstwo Rodziny i Polityki Społecznej) umbenannt.

8 European Union Agency for Fundamental Rights, *Shifting perceptions. Towards rights-based approach to ageing*, Luxembourg 2018, Zugriff: https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-fundamental-rights-report-2018-focus_en.pdf

9 UN Policy brief, *The Impact of Covid – 19 on older persons*, May 2020, Zugriff: https://www.un.org/sites/un2.un.org/files/un_policy_brief_on_covid-19_and_older_persons_1_may_2020.pdf.

Altersdiskriminierung im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Krise – auch einen Aufruf zur Schaffung festerer Rahmenbedingungen für den Schutz der Seniorenrechte sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene unter Berücksichtigung einer verstärkten Beteiligung der Arbeitsgruppe der Vereinten Nationen zu den Rechten Älterer (OEGWA), die 2010 von der UNO-Generalversammlung zur Erarbeitung eines internationalen Rechtsinstruments für den Schutz der Rechte und der Würde älterer Menschen eingesetzt wurde.¹⁰

Die Debatte über eine neue Konvention der Seniorenrechte ist seit einem Jahrzehnt im Gange. Vielleicht wird die Pandemie, indem sie die bisherigen Probleme älterer Menschen in aller Schärfe deutlich macht, einen zusätzlichen Impuls zur Mobilisierung der UNO-Staaten in diesem Bereich geben. Um dies zu erleichtern, müssen die Stakeholder dieser Prozesse, also die Seniorenverbände, selbst ihre Stimme erheben, die zuständigen Ministerien zur Aktivität motivieren und den Seniorinnen und Senioren vermitteln, um was es dabei geht. Und es geht um nicht weniger als die Anerkennung und praktische Wahrung der Rechte von Menschen – unabhängig von ihrem Alter.

Bei der Erarbeitung und Verabschiedung des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen spielten Nicht-

regierungsorganisationen, die Menschen mit Behinderungen zusammenschließen, eine bedeutsame Rolle. Deshalb ist es auch hier die Stimme der Betroffenen selbst unerlässlich: älterer Menschen, die bereit und fähig sind, die Identität dieser sehr differenzierten sozialen Gruppe mitzugestalten. Dazu ist aber auch das Vorhandensein von Verbänden vonnöten, die das Recht und die Möglichkeit haben, an der offiziellen Debatte mitzuwirken.

Effekte des Übereinkommens über die Rechte von Menschen mit Behinderungen sind auch in Form des Regierungsprogramms „Zugänglichkeit Plus“ (Dostępność Plus) zu erkennen, das natürlich auch auf die Bedürfnisse älterer Menschen hinweist, aber vor allem vorschlägt, die Debatte über Ähnlichkeiten und Unterschiede bei den Bedürfnissen und Erwartungen von Senioren und Behinderten zu vertiefen. Das gewachsene Bewusstsein in diesem Bereich ist sicherlich auch ein Symptom der Veränderungen.¹¹

Zusammenfassend: Der Wandel betrifft uns alle, denn jeder erfährt mit zunehmendem Alter verschiedenartige Veränderungen in seinem Leben. Dazu kommen gesellschaftliche Veränderungen, der Klimawandel und andere Prozesse, die sich auf die Situation älterer Menschen auswirken.

¹⁰ Ebenda, S. 14.

¹¹ Einen guten Ausgangspunkt kann der Bericht der UNO-Sonderberichterstatterin zu den Rechten von Behinderten darstellen, in dem sie die Unterschiede bei der Gestaltung der Identität von Senioren und Menschen mit Behinderungen erkennt wie auch die diesbezüglichen Folgen im Kontext einer konsequenten Wahrnehmung der eigenen Rechte, Zugriff: https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/74/186.

Angesichts all dieser Veränderungen scheint die Selbstorganisation älterer Menschen besonderes wünschenswert oder sogar unabdingbar. Zum einen steht Seniorenverbänden ein besonderes Mandat zu, sich gemäß dem Grundsatz „Nichts über uns ohne uns“ im Namen ihrer Altersgruppe auszusprechen und zu verifizieren, ob die allgemeinen Rechte in der Praxis auch im Bezug auf ältere Menschen gewahrt werden. Vielleicht gibt es noch mehr Lücken als diejenigen, von denen wir schon wissen. Zum anderen können diese Organisationen eine Brücke bauen zwischen Kommunen, Regierung, Europäischer Union und den Vereinten Nationen. Das ist eine lange Kette von Querverbindungen, aber sie ist real und wesentlich, was die potenziellen Effekte anbelangt (wie die Beispiele der Übereinkunft über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und der Kinderrechtskonvention deutlich machen). Aktive Senioren können effektiv die Interessen anderer Personen ihrer Altersgruppe wahrnehmen, auch solcher, die nicht mehr selbst nach Hilfe suchen, wie auch künftiger Seniorengenerationen, also ihrer Kinder und Enkel. Verschiedener Menschen mit unterschiedlichen Ansichten und Überzeugungen, Bedürfnissen und Erwartungen. Vertreter unterschiedlicher Generationen. Dazu aber bedarf es großer Erfahrung. Aber wer sonst sollte über Erfahrung verfügen, wenn nicht ältere Menschen?

Anna Chabiera
Expertin des Gleichstellungsbeauftragter des
BRPO

Biuro Rzecznika Praw Obywatelskich
al. Solidarności 77
00-090 Warszawa
Polen
anna.chabiera@brpo.gov.pl
+48 22 551 79 91

Grundprinzipien der Funktionsweise des Landes-seniorenrates Thüringen

Dr. Jan Steinhaußen

1. Die gesetzliche Grundlage

Der Landesseniorenrat Thüringen arbeitet auf der Grundlage des Thüringer Gesetzes zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren (ThürSen-MitwBetG), das am 10. Oktober 2019 durch den Thüringer Landtag beschlossen wurde. Anliegen des Gesetzes ist die Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte der Senioren, die Förderung der aktiven Teilhabe an der Willensbildung bei wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und politischen Entscheidungen sowie die Verbesserung und Unterstützung des Zusammenlebens der Generationen. Über die Stärkung der Interessenvertretung und der gesellschaftlichen Teilhabe hinaus soll die aktive Beteiligung der Senioren das Älterwerden in Würde und ohne Diskriminierung gewährleistet werden.

Das Gesetz sieht drei wesentliche Strukturelemente vor: Die kommunalen Seniorenbeiräte, die Seniorenbeauftragten sowie den Landesseniorenrat.

Die kommunalen Seniorenbeiräte

Das Gesetz regelt die Etablierung und die Wahl von kommunalen Seniorenbeiräten. Konkret sieht das Gesetz die Pflicht zur Wahl von Seniorenbeiräten in Gemeinden über 10.000 Einwohner und kreisfreien Städten vor. In Gemeinden unter 10.000 Einwohnern

und in Landkreisen ist die Etablierung von Seniorenbeiräten eine freiwillige Aufgabe.

Kommunale Seniorenbeiräte sind nach dem Gesetz eigenständige, konfessionell, verbandspolitisch sowie parteipolitisch unabhängig arbeitende Interessenvertretungen der Senioren in den Gemeinden und Landkreisen. Die Mitglieder der Seniorenbeiräte arbeiten ehrenamtlich und werden auf Vorschlag der in den Gemeinden und Landkreisen tätigen Seniorenorganisationen gewählt. Die Aufgabe von Seniorenbeiräten ist es, die Interessen und Anliegen von älteren Menschen in den Kommunen gegenüber den gewählten Gremien sowie der Verwaltung zum Ausdruck zu bringen. Sie sind Ansprechpersonen für die Senioren; sie beraten die Gemeinden und Landkreise in Angelegenheiten der Senioren, erarbeiten Stellungnahmen sowie Empfehlungen und unterstützen den Erfahrungsaustausch zwischen den Trägern der Seniorenarbeit. Seniorenbeiräte sollen in allen Entscheidungen des Gemeinde- oder Stadtrats einer kreisangehörigen Stadt, die überwiegend Senioren betreffen, angehört werden. Seine Mitglieder können als sachkundige Bürger auch in die Ausschüsse des Gemeinderats berufen werden.

Die Seniorenbeauftragten

Das Gesetz sieht des Weiteren die Pflicht zur Wahl von ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten in den Landkreisen und kreisfreien Städten vor. Die Seniorenbeauftragten sollen laut Gesetz die Arbeit der Seniorenbeiräte unterstützen und Ansprechpersonen für Anliegen der älteren Menschen sein. Sie ver-

treten außerdem Anliegen, Probleme und Anregungen der Seniorenbeiräte sowie der Senioren gegenüber der kommunalen Verwaltung. Die Seniorenbeauftragten sind darüber hinaus grundsätzlich vor Entscheidungen des Kreistags oder des Stadtrats einer kreisfreien Stadt, die überwiegend Senioren betreffen, anzuhören. Sie können mit den Seniorenbeiräten unaufgefordert zu allen die Senioren betreffenden Fragen Stellungnahmen abgeben und Vorschläge unterbreiten. Sie können als sachkundige Bürger in die Ausschüsse des Kreistags oder des Stadtrats einer kreisfreien Stadt berufen werden.

Für die Landesebene haben Seniorenbeauftragte eine Schlüsselfunktion. Sie vertreten die Interessen der kommunalen Seniorenbeiräte im Landessenorenrat und informieren über dessen Arbeit. Über sie werden die Interessen und Anliegen von älteren Menschen in die Landespolitik transportiert.

Der Landessenorenrat

Der Landessenorenrat ist laut Gesetz ein Gremium der Meinungsbildung, der Interessenvertretung sowie des Erfahrungsaustausches auf dem Gebiet der Seniorenpolitik für die Senioren des Landes. Er arbeitet konfessionell, verbandspolitisch sowie parteipolitisch unabhängig. Seine Mitglieder üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Mitglieder des Landessenorenrats sind:

- die gewählten Seniorenbeauftragten der Landkreise und kreisfreien Städte oder deren Stellvertreter,

- eine vom Verein zur Förderung von Mitwirkung und Teilhabe älterer Menschen in Thüringen e. V. berufene Person oder deren Stellvertreter.

Außerdem können von der Mitgliederversammlung des Landessenorenrates bis zu zehn weiteren Personen, die sich in besonderer Weise um die Belange der Senioren in Thüringen verdient gemacht haben, in den Landessenorenrat gewählt werden, wobei das Gesetz vorsieht, dass dabei auf die Unterschiedlichkeit der Lebenssituation von Senioren in Thüringen sowie auf ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis zu achten ist.

Der Landessenorenrat berät und unterstützt laut Gesetz die Landesregierung in allen seniorenpolitischen Fragen. Er ist von der Landesregierung in allen Angelegenheiten der Senioren von grundsätzlicher Bedeutung sowie in Angelegenheiten, bei denen auch Belange von Senioren betroffen sind, zu beteiligen. Er ist insbesondere vor der Einbringung von Gesetzentwürfen in den Landtag sowie vor dem Erlass von Rechtsverordnungen, von denen die Belange von Senioren betroffen sind, von der Landesregierung anzuhören. Er hat das Recht, unaufgefordert gegenüber der Landesregierung und dem Landtag zu allen Fragen der Seniorenpolitik Stellungnahmen abzugeben.

Der Landessenorenrat soll darüber hinaus bei der Umsetzung, Gestaltung und Weiterentwicklung von Programmen zur Seniorenpolitik des Landes beteiligt werden und die aktive Teilnahme der älteren Generation am gesellschaftlichen Leben fördern sowie die Senioren über seniorerelevante Gesetze

und deren Umsetzung informieren. Er soll des Weiteren die Arbeit der Seniorenbeauftragten und der kommunalen Seniorenbeiräte unterstützen.

Der Landesseniorenrat tagt auf der Grundlage des Gesetzes und seiner Geschäftsordnung in der Regel dreimal im Jahr. Die Sitzungen haben das Anliegen, wichtige seniorenpolitische Themen zu besprechen und zu bearbeiten, Beschlüsse über Stellungnahmen und Aufgabe zu fassen und einen Erfahrungsaustausch zwischen den Mitgliedern zu führen.

Wichtige politische Themen, die der Landesseniorenrat in Stellungnahmen, Veranstaltungen und Publikationen aufgreift, sind u. a.:

- die Verbesserung der Partizipations- und Engagementmöglichkeiten von Senioren/innen in der Politik, der Kultur, der Bildung, im Sport und anderen Bereichen der Freizeit und des zivilgesellschaftlichen Engagements
- das Wohnen und die Mobilität von älteren Menschen
- Fragen der Altersversorgung und der Rente, was eine Auseinandersetzung mit dem Thema Altersarmut einschließt
- die Gesundheitsvorsorge, Prävention, Krankheitsversorgung,
- die Pflege und das Engagement im Hospizbereich,
- Themen der Stadt- und Quartiersentwicklung, der Barrierefreiheit, der Versorgung und Infrastruktur,
- Altersdiskriminierung und Fragen eines würdevollen Lebens im Alter.

Für die Realisierung seiner Arbeit betreibt der Landesseniorenrat eine Geschäftsstelle mit drei MitarbeiterInnen.

In der Praxis konkretisiert der Landesseniorenrat seine Aufgaben wie folgt:

1. Gremien- und politische Arbeit

Der Landesseniorenrat ist in verschiedenen Gremien und Arbeitsgruppen von Ministerien und Organisationen des Landes vertreten und bringt in diesen die Interessen und Anliegen der älteren Menschen sowie seine fachliche Expertise im Bereich der Seniorenpolitik ein. Er ist u. a. Mitglied im Landespflegeausschuss, in der Clusterkonferenz zur Pflege, im Verwaltungsrat des MDK, im Kuratorium der Thüringer Ehrenamtsstiftung, im Landesfamilienrat und verschiedenen Arbeitsgruppen eines der Generationenarbeit verpflichteten Landesprogrammes, im Landesplanungsausschuss, in einer Arbeitsgruppe zu den lokalen Familienbündnissen, in der Landesgesundheitskonferenz und der Landesvereinigung für Gesundheitsförderung sowie zahlreichen weiteren Organisationen.

2. Unterstützung der Arbeit der kommunalen Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragten

Der Landesseniorenrat beteiligt die kommunalen Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragten an allen Stellungnahmen, die er bei Gesetzesentwürfen, Rechtsverordnungen oder zu anderen Themen der Seniorenpolitik verfasst. Er organisiert für die Beiräte und Beauftragten zahlreiche Weiterbildungsveranstaltungen, Workshops und Fachtagungen. Er ist in seniorenpolitischen Fragen ihr erster Ansprechpartner. In diesem Sinne

unterstützt er auch Veranstaltungen, die die Seniorenbeiräte und Seniorenbeauftragten vor Ort organisieren. Für die Seniorenbeauftragten organisiert er darüber hinaus eine Klausurtagung, die das Anliegen hat, die Arbeit der Seniorenbeauftragten zu profilieren.

3. Öffentlichkeitsarbeit für die Anliegen der Seniorinnen und Senioren in Thüringen

Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein zentraler Arbeitsbereich des Landesseniorenrates. Durch sie sollen Anliegen und Interessen von älteren Menschen in die Öffentlichkeit transportiert werden. Die Öffentlichkeitsarbeit konzentriert sich auf:

- die Herausgabe von Newslettern, die sich an die kommunalen Seniorenbeiräte und -beauftragten sowie die Fachöffentlichkeit richten. In ihnen informiert der Landesseniorenrat über seine eigenen Aktivitäten, über Aktivitäten der kommunalen Seniorenbeiräte und -beauftragten sowie Aktuelles auf der Bundes- und Landesebene. Er erscheint dreimal im Jahr.
- die Website des Landesseniorenrates. Sie stellen die Strukturen des Landesseniorenrates, seine Aktivitäten, Publikationen, Stellungnahmen und Veranstaltungen dar.
- die Herausgabe von Publikationen im Broschüren- oder Buchformat. In ihnen greift der Landesseniorenrat wichtige gerontologische und seniorenpolitische Themen auf. Sie sollen einen Transfer von fachwissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis der Interessenvertretung und der sozialen Arbeit mit älteren Menschen befördern, die Strukturen der sozialen

Arbeit transparent darstellen und einen Erfahrungsaustausch ermöglichen. Er ist nicht nur fachwissenschaftlich, sondern prononciert seniorenpolitisch profiliert. D. h. er artikuliert auch wichtige seniorenpolitische Forderungen.

Der Landesseniorenrat stellt außerdem Audio-Formate (Podcast / O-Töne) her, die die „Originalstimme“ von Betroffenen wiedergeben sollen.

4. Unterstützung von Senioren- und sozialen Organisationen sowie von Modellprojekten im Bereich der Seniorenarbeit

Der Landesseniorenrat unterstützt außerdem verschiedene andere Organisationen, die im Bereich der Seniorenarbeit tätig sind. Die Aufgabenwahrnehmung und Unterstützung von anderen Organisationen werden durch das Thüringer Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte von Senioren gedeckt. Sie erscheinen insbesondere dort sinnvoll und notwendig, wo diese Verbände ausschließlich ehrenamtlich arbeiten und die Teilhabe und Mitwirkung von Älteren gefördert werden soll. Die Unterstützung bezieht sich zurzeit insbesondere auf die Thüringer Landsenioren sowie die Grünen Damen und Herren

Die Relevanz der Arbeit des Landesseniorenrates

Das Leitbild einer modernen Gesellschaft, die den demografischen Wandel gestalten will, sowie die Lebenszufriedenheit von älteren Menschen generieren sich nicht über Alimentierung, Versorgung und über Hilfen, sondern über Sinn und sinnerfüllende

Tätigkeiten, über Verantwortungsübernahme und Sorge für andere, über selbstbewirkte Aktivität und Engagement in und außerhalb von Familien. Sinnstiftende Tätigkeiten für eine große Bevölkerungsgruppe, die nicht mehr erwerbstätig ist, organisieren sich nicht von selbst. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsaufgabe, an der Ältere beteiligt sein müssen. Vor dem Hintergrund des Strukturwandels des Alters und der Zunahme der Gruppe der Älteren wird die Gesellschaft auf das (politische) Engagement und die Potentiale des Alters nicht verzichten können. Kommunen, denen es gelingt, die Potentiale des Alters zu fördern, werden vitale Standortvorteile haben und Sozialausgaben begrenzen können. Ausdifferenzierte und komplexe Gesellschaften, in denen die Folgeabschätzungen für politische Entscheidungen immer schwieriger werden, setzen zunehmend auf differenzierte, partizipative Planungs- und Beteiligungsverfahren. Sie entsprechen den individualisierten Bedürfnissen von Menschen, sie bewirken eine Lasten- und Verantwortungsteilung.

Interessen, Wünsche und Bedürfnisse von Menschen realisieren sich in der Bundesrepublik im Grundsätzlichen zwar über die Verfassung, über in ihr definierte Grundrechte, über Wahlen und ein repräsentatives demokratisches System mit Gesetzen und Verordnungen sowie über einen Sozialstaat, der einen Interessenausgleich herstellt und Hilfe in Bedarfssituationen gewährt. Dennoch lebt auch ein repräsentativdemokratisches System von deliberativen Elementen, von vielfältigen direktdemokratischen Prozessen und Einflussnahmen im vorparlamentarischen Raum. An ihnen nimmt der Landesseniorenrat als Lobbyorganisation teil

im Sinne einer Beteiligung an einem offenen politischen Partizipations- und Aushandlungsprozess. Eine breite (politische) Beteiligung bewirkt und potenziert Engagement und Identifikation. Sie befördert Innovation. Sie festigt Beziehungen und Sozialstrukturen. Sie stärkt das Selbstbewusstsein und die Selbstwirksamkeit von Menschen. Sie wirkt Politikverdrossenheit, rechtsextremen und anderen extremistischen, demokratiefeindlichen und rassistischen Tendenzen in der Gesellschaft entgegen. Auf dieses in den Aktivitäten des Landesseniorenrates zum Ausdruck kommende Erfahrungswissen von älteren Menschen kann keine Gesellschaft verzichten. Es bewirkt Verlangsamung in einer schnelllebigen Gesellschaft, selbstvergewissernde und identitätsstiftende Rückbesinnung sowie eine Aktivierung des öffentlichen Raumes. Eine Gesellschaft, die das Erfahrungswissen von Älteren geringschätzt, wird mit Bezug auf die ältere Generation seelen- und geschichtslos. Angesichts der hohen Anzahl von hochaltrigen Menschen, deren Autonomie beschränkt ist und die hilfebedürftig sind, eine Bevölkerungsgruppe, die in den nächsten Jahrzehnten sehr stark wächst, und angesichts sinkender familialer Hilfpotentiale, gibt es zum Engagement und der Hilfe älterer Menschen für ältere Menschen keine Alternative. Das betrifft auch die Interessenvertretung, wenn etwa Seniorenvertreter in Heimbeiräten mitwirken, wenn sie Bedürfnisse von pflegebedürftigen und behinderten Menschen sowie pflegenden Angehörigen thematisieren. Fremdbestimmung entfremdet, und zwar zweifach, von sich selbst und von Strukturen, die den Menschen fremdbestimmen. Professionelle soziale Arbeit unterliegt sehr stark wirtschaftlichen Kalkülen und

Zielbestimmungen. Sie ist rationiert und wird gerade im Bereich der Pflege von alten Menschen als geldwerte Leistung ausgewiesen. Zivilgesellschaftliches politisches Engagement ist ein Korrektiv zur Ökonomisierung der sozialen Arbeit. Zivilgesellschaftliches Engagement, gleichwohl in welchem Rahmen, nimmt dezidiert Partei für die Interessen der Adressaten von sozialen Leistungen, für Pflegebedürftige, hochaltrige Menschen in Hilfe- und Notsituationen sowie andere teilhabegefährdete Gruppen. Es steht für den inklusiven Anspruch einer Sozialarbeit, die ihren humanen Anspruch jenseits eines renditeorientierten Wachstums einlösen will.

Insofern sind die Beteiligungsformate, wie sie der Landessenorenrat umsetzt, für eine lebendige und durch deliberative Elemente getragene Demokratie und solidarische Gemeinschaft konstitutiv. Insofern stellt der Landessenorenrat eine wichtige Organisation im politischen Meinungsspektrum Thüringens dar.

Dr. Jan Steinhaußen
Geschäftsführer

Landessenorenrat Thüringen
Schillerstraße 36
99096 Erfurt
Deutschland
steinhaussen@landessenorenrat-
thueringen.de
+49 361 562 1649
+49 152 553 530 13

Das Funktionieren von Seniorenräten am Beispiel des Warschauer Seniorenrats

Wojciech Kałusiński

Nach dem Erreichen des Rentenalters und des verdienten Ruhestands können viele Senioren in Polen sich nicht mit der Untätigkeit und dem Übermaß an Freizeit abfinden. Nach dem Beispiel von Gesellschaften anderer Länder wie Deutschland, Österreich, Norwegen, wollen sie über ihre Bedürfnisse frei entscheiden, auch die intellektuellen, um mit dem stetigen Wandel mithalten zu können, etwa in den Bereichen Technik, Technologie, Kultur.

Bevor die Seniorenräte entstanden, bot Warschau für diese Altersgruppe Veranstaltungen im Rahmen der bestehenden Strukturen an, solcher wie der Kommission für den sozialen Dialog (Komisja Dialogu Społecznego), der Universität des dritten Lebensalters (Uniwersytet Trzeciego Wieku), des Polnischen Verbands der Rentner, Pensionäre und Invaliden (Polski Związek Emerytów, Rencistów i Inwalidów), der Kriegsveteranenverbände oder sogar der Seniorenzirkel der Pfarrgemeinden.

Diese Aktivitäten beschränkten sich damals hauptsächlich auf lokale Begegnungen von Senioren auf Stadtteilebene, die keine Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Nachbarschaften oder eine nachhaltige Entwicklung boten.

Die älteren Bürgerinnen und Bürger strebten danach, einen wesentlichen Einfluss auf die Seniorenpolitik auszuüben, der das

Aufzeigen positiver Veränderungen ermöglichen sollte, die von den Behörden für diese Altersgruppe eingeführt werden sollten.

Bei den Warschauer Senioren/innen kam der Gedanke auf, nach dem Vorbild der Stadt Poznań ein offizielles Organ einzurichten, das die Senioren gegenüber den Kommunalbehörden repräsentiert und unmittelbaren Einfluss auf die Gesamtheit der Maßnahmen zugunsten älterer Menschen ausübt.

Eine Gruppe aktiver Senioren, die unter anderem auf Initiative von Zdzisław Czerwiński an der Kommission für gesellschaftlichen Dialog (Komisja Dialogu Społecznego) tätig war, nahm mit erheblicher Unterstützung der Polnischen Seniorenunion (Polska Unia Seniorów) bereits 2010/2011 Gespräche mit der Stadtverwaltung über die Einrichtung einer Seniorenvertretung in der Gemeinde-Selbstverwaltung auf.

Nach schwierigen, monatelangen Diskussionen unternahm die Stadt Warschau rechtliche Schritte in Richtung Einberufung eines Seniorenrats.

Mit dem Beschluss Nr. LXXXV/2188/214 vom 3. Juli 2014 richtete der Rat der Hauptstadt Warschau den Warschauer Seniorenrat ein, dem zugleich eine Satzung verliehen wurde, in der Wahlmodus, Aufgaben und Befugnisse sowie Handlungsprinzipien vorgegeben waren.

Gemäß dem Beschluss des Stadtrats und einer Verfügung der Stadtpräsidentin vom 20. Oktober 2014 wurde der erste Warschauer Seniorenrat mit 26 Delegierten einberufen.

Die ersten Mitglieder des Rats entstammten auf dem Gebiet der Hauptstadt Warschau tätigen Nichtregierungsorganisationen. Gewählt wurden:

- 2 Delegierte der Kommission für gesellschaftlichen Dialog für Angelegenheiten älterer Menschen und Kriegsveteranen,
- 2 Delegierte der Kommission für gesellschaftlichen Dialog für Angelegenheiten der Universität des dritten Lebensalters,
- 3 Vertreter des Rats der Hauptstadt Warschau,
- 1 Vertreter der Stadtpräsidentin,
- 18 Delegierte der Stadtteilräte der Hauptstadt Warschau.

Die Mitglieder des Warschauer Seniorenrats übernahmen ihr Mandat für eine Amtszeit von drei Jahren.

Reibungslos verlief die Gründung der ersten neun Stadtteilseniorenräte.

In den übrigen Warschauer Stadtteilen befürchteten die Bürgermeister ein mögliches Eingreifen der Seniorenräte in die Arbeit der Stadtteilämter, obwohl im Beschluss des Warschauer Stadtrats die Richtlinien für die Tätigkeit der neuen Organe genau festgelegt sind. Zusätzlich enthält das Gesetz über die Gemeinde-Selbstverwaltung in Artikel 5c Absatz 3 einen Passus, der besagt, dass ein Gemeinde-Seniorenrat ausschließlich Konsultations-, Beratungs- und Initiativcharakter besitzt und seine Kompetenzen also klar begrenzt sind.

Angesichts dieser Tatsache können die Seniorenräte keine selbstständigen Beschlüsse im Bereich der Selbstverwaltung ihrer Ge-

meinden fassen. Der achtzehnte und letzte Seniorenrat wurde erst im März 2019 einberufen.

Die Stadtpräsidentin Hanna Gronkiewicz-Waltz benannte zur unmittelbaren Zusammenarbeit mit dem Warschauer Seniorenrat ihren Stellvertreter, Vizepräsident Włodzimierz Paszyński, sowie das Büro für Sozialhilfe und soziale Projekte (Biuro Pomocy i Projektów Społecznych) und händigte in Anwesenheit der Amtsleiter den neu berufenen Räten feierlich ihre Berufungsurkunden aus.

Nach der Konstituierung des Präsidiums des Warschauer Seniorenrats der 1. Amtszeit wurde mit der Erstellung eines „Regelwerks für die Tätigkeit des Warschauer Seniorenrats“ und eines Arbeitsplans für die nächste Zeit begonnen.

Die Stadt delegierte eine Mitarbeiterin der Stadtverwaltung als Koordinatorin für die ständige Zusammenarbeit mit dem Rat, zu deren Aufgaben unter anderem die Führung einer Dokumentation sowie die Aktualisierung der Website und der Auftritte in den sozialen Medien gehört.

Die Zusammenarbeit mit den Stadtbehörden funktioniert von Anfang an befriedigend, aber vor allem mit steigender Tendenz. Aufgrund der großen Nachholarbeit ging das natürlich weder leicht noch schnell.

Ein wesentlicher Anreiz zu einer guten, erfolgversprechenden Arbeit war die Bereitstellung von städtischen Geldmitteln für den Betrieb des Warschauer Seniorenrats.

Der (inzwischen fünfköpfige) Vorstand der zweiten Amtszeit des Warschauer Seniorenrats legt großen Wert auf die Verbesserung des Gesundheitszustands der Senioren, weshalb eine ständige Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit und dem Amt für Sport der Hauptstadt Warschau angeknüpft wurde.

Der Vorstand des Warschauer Seniorenrats hat folgende Themengruppen der Arbeit des Gremiums einberufen:

1. Organisation und Recht,
2. Gesundheit und Wohlergehen von Senioren,
3. Zusammenarbeit mit den Seniorenräten,
4. Sport und körperliche Verfassung von Senioren.

Die Mitglieder des Warschauer Seniorenrats bringen viel Energie auf für die Überwachung und Implementierung von Systemen für die Verbreitung eines gesunden Lebensstils und die Verbesserung der Lebenssituation von Senioren.

Die Umsetzung neuer Programme zur Mobilisierung von Senioren zu einem aktiven und gesunden Lebensstil sowie zur Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse bedarf jedoch einer ständigen finanziellen Förderung.

Aus den städtischen Fonds werden unter anderem solche allgemein zugänglichen Seniorenveranstaltungen gefördert wie:

- Warschauer Seniorenolympiade alljährlich im September.
Senioren aus allen Stadtteilen nehmen an Wettkämpfen in verschiedenen Sport-

disziplinen teil, die ihnen die Möglichkeit umfassender körperlicher Aktivität bieten. Natürlich ist die Auswahl der Disziplinen an die Altersgruppen der Siebzig-, Achtzig-, Neunzigjährigen angepasst. Alle Teilnehmenden werden mit einem Startpaket mit den notwendigen Materialien und Andenken ausgestattet. Den Senioren gefällt diese Form der Unterhaltung sehr gut, insbesondere, wenn am Ende die Medaillen und Sachpreise verliehen werden. In diesem Jahr hat die Pandemie die Durchführung dieser Veranstaltung leider verhindert.

- Seniorenfreundlicher Ort – ein Wettbewerb, dessen alljährliche Ausgaben darauf ausgerichtet sind, Institutionen und Organisationen zu würdigen, die in verschiedenen Branchen des Dienstleistungsmarkts der Hauptstadt tätig sind, und Senioren Vorteile in Form von Erleichterungen von Transaktionen oder Preisnachlässen bieten.
- Jobmesse für Senioren – ein Pionierprojekt, das außerordentlich positives Interesse bei den älteren Menschen weckt. Es bezweckt die Vermittlung von Angeboten des Arbeitsmarkts in der Hauptstadt unter Berücksichtigung von Alter, Kraft und Zeit der Senioren.
- Alljährliche thematische Seminare des Warschauer Seniorenrats, bei denen die Errungenschaften der Arbeitsgruppen der Stadtteilseniorenräte zusammengefasst werden. So war etwa das Seminar im Jahr 2019 dem Thema „Gesundheit und Lebensqualität“ gewidmet.

Die Mitglieder des Warschauer Seniorenrats werden zur Teilnahme an Kommissionen eingeladen, welche die Angebote von Nicht-

regierungsorganisationen bei den vom Büro für Sozialprojekte und Sozialhilfe ausgetobten Wettbewerben bewerten, etwa dem Wettbewerb „Warschauer Goldene Hand“, „Pflege in Sozialhilfeshäusern“, „Gesund, Aktiv, Benötigt“, „Hilfe für Kriegsveteranen“ oder die Aktion „Taxi für Veteranen“. Diese Wettbewerbe werden aus Haushaltsmitteln der Stadt finanziert und bezwecken die Befriedigung der Bedürfnisse der Senioren/innen durch Unterstützung von Institutionen der Langzeitpflege, der Tageseinrichtungen oder der Seniorenclubs.

Als stellvertretender Vorsitzender des Warschauer Seniorenrats habe ich in den vergangenen drei Jahren der meiner ehrenamtlichen Tätigkeit mehrfach Bewertungen von sehr seriösen Hilfsangeboten für die Warschauer Senioren/innen vorgenommen.

Als Reaktion auf ein sehr wichtiges Postulat des Warschauer Seniorenrats hat der Präsident der Stadt Warschau für die Jahre 2019 – 2030 das Programm „Seniorenfreundliches Warschau“ geschaffen, in dessen Rahmen die Aufgabe der „Befreiung der Gefangenen des 4. Stocks“ angegangen wurde.

Die Bewohner von Häusern ohne Aufzüge sind meistens Senioren im weit fortgeschrittenen Alter, die diese Wohnungen in den Jahren 1950 –1970 bezogen haben. Ihr Gesundheitszustand macht es vielen von ihnen unmöglich, die Wohnung zu verlassen und macht sie vollständig von der Pflege durch ihre Familien oder die Sozialhilfe abhängig. Die Stadt hat erkannt, dass es sich dabei um eines der wichtigsten sozialen Probleme handelt, das schnell gelöst werden muss.

Erst 2019 hat die Stadt Geldmittel für den Bau von Aufzügen in den Gebäuden, die Eigentum der Stadt sind, bereitgestellt. Natürlich gibt es mehr vier- und fünfstöckige Wohnblöcke, aber sie befinden sich in der Hand von Wohnungsgenossenschaften oder Eigentümergemeinschaften. Deshalb kann der Bau von Aufzügen in diesen Gebäuden nicht aus Mitteln der Stadt finanziert werden.

Der Warschauer Seniorenrat hat feste Vertreter zur Zusammenarbeit mit Strukturen und Organen des Amts der Stadt Warschau bestimmt, wo wir die von den Senioren gemeldeten Bedürfnisse im Bereich der Verbesserung der Arbeit der städtischen Dienste aufzeigen. Dies betrifft folgende Einrichtungen:

- Städtische Verkehrsbetriebe,
- Straßenbauamt,
- Stadtpolizei,
- Büro zur Planung und Mobilität des Transportwesens,
- Warschauer Rat des öffentlichen Nutzens.

Der Vorstand des Warschauer Seniorenrats hat mit großem Erfolg die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen vorangetrieben, unter anderem:

- Universität des dritten Lebensalters (Uniwersytet Trzeciego Wieku) – Teilnahme an regelmäßigen Veranstaltungen und Seminaren,
- Landesinstitut für Seniorenwirtschaft (Krajowy Instytut Gospodarki Senioralnej) – ABCsenior.com, Auskunftszentrum für Senioren, Unterstützung und Bildungsarbeit im Bereich neuer Technologien,

Bankwesen und anderer Aspekte des Lebens,

- Polnischer Verband der Rentner, Pensionäre und Invaliden (Polski Związek Emerytów, Rencistów i Inwalidów, PZERil) – „Soziale Bildungsarbeit für ältere Menschen“,
- Stimme des Seniors (Głos Seniora) – führt eine „Gesamtpolnische Karte des Seniors“, die Aktion „Stilvoller Senior“ und die Zeitschrift „Głos Seniora“, die landesweit und auch im Ausland vertrieben wird,
- „Pokolenia“ – Verleger von landesweiten Seniorenzeitschriften,
- Gesamtpolnische Übereinkunft über die Zusammenarbeit der Seniorenräte in Krakau (Ogólnopolskie Porozumienie o Współpracy Rad Seniorów w Krakowie) –, eine Plattform der Seniorenräte in Polen,
- Facebook zusammen mit dem Amt für elektronische Kommunikation (Urząd Komunikacji Elektronicznej) – intergenerative Schulungen für Senioren und Jugendliche.

Vertreter des Warschauer Seniorenrats werden von Ämtern und Behörden eingeladen:

- Präsidentenpalast, First Lady – zu wichtigen Staatsfeierlichkeiten und zum Seniorentag,
- Premierminister – Seminare mit juristischer Thematik für Vertreter von Seniorenorganisationen,
- Sejm – Beteiligung an Diskussionen in den Ausschüssen,
- Senat,
- Rundfunksender.

Die Seniorenräte repräsentieren einen breiten gesellschaftlichen Querschnitt der Senioren/innen in unterschiedlichem Alter, mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und unterschiedlichem Sozialen Status.

Sie sind ein Ort, an dem Strukturen der Seniorenpolitik aufgebaut werden. Hier werden auch die erarbeiteten Programme unmittelbar umgesetzt.

Ehrenamtliche Arbeit für Senioren ist außerordentlich wichtig, angenehm und befriedigend, wenn auch nicht einfach. Ehrenamtliches Engagement erfordert Verständnis, Kultiviertheit, Empathie.

Ein außerordentlich wichtiger Faktor für die weitere positive Entwicklung der Tätigkeit des Warschauer Seniorenrats ist die effiziente Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Seniorenräte. Die Grundlage für das Gelingen ist der „Bau von Brücken“ (Maxime des 12. Deutschen Seniorentages der BAGSO) – Handeln für das Gemeinwohl, Aufbau gemeinsamer Werte, Verständigung, vor allem gute Kommunikation und Respekt zwischen allen zusammenarbeitenden Personen.

Ehrenamtliche Arbeit verlangt nicht nur guten Willen, sondern auch Wissen aus vielen Bereichen des Lebens und über die Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Mit der schönen Maxime „Brücken bauen“ kam ich vom 12. Deutschen Seniorentag in Dortmund zurück, wo wir Gelegenheit hatten, unsere Organisationen zu präsentieren und einander kennenzulernen. Wir führten zahlreiche Diskussionen, wie man die Le-

bensqualität von Senioren und die Gesundheitsfürsorge verbessern, Innovationen an die Bedürfnisse älterer Menschen anpassen, neue Lebensräume für Senioren schaffen kann.

Viel Platz haben wir auch der Festigung der wechselseitigen Beziehungen unserer Organisationen auf der Grundlage von Freundschaft und Hilfeleistung gewidmet.

An dieser Stelle möchte ich sehr herzlich allen danken, die zur Veranstaltung dieses großartigen Kongresses beigetragen haben.

Ich bin persönlich überaus dankbar für die Möglichkeit, viele großartige Vertreterinnen und Vertreter vieler deutscher Seniorenorganisationen, die in der BAGSO zusammengeschlossen sind, kennenzulernen. Ich danke auch der Eurosozial e.V. für die Betreuung unserer ganzen Delegation. Ich danke für die Möglichkeit, in unser System Lösungen implementieren zu können, die sich bereits im deutschen System bewährt haben.

Alle diese großartigen Lösungen, die wir auf dem Kongress kennenlernen konnten, waren möglich dank der kohärenten Realisierung der Entwicklungslinien unter der Ägide der BAGSO.

Große Verdienste haben sich dabei die deutschen Institutionen und Organisationen erworben. Viele außerordentlich motivierende Worte haben wir auch von einer Reihe von Regierungsvertretern, Mitgliedern der BAGSO, etwa von Frau Renate Heinisch und Herrn Franz Müntefering, aber auch von Vertretern des Ministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und anderer hoher Behörden gehört.

Ich bin sehr dankbar für die Möglichkeit, weiterhin mit den BAGSO-Strukturen zusammenzuarbeiten, die durch ein perfekt ausgewähltes Team von Fachleuten auf dem Gebiet der Entwicklung von Seniorenbewegungen vertreten sind.

Meine dreijährige Amtszeit als stellvertretender Vorsitzender des Warschauer Seniorenrates endet Ende 2020 und fällt gleichzeitig mit der Verleihung der Funktion "Mitglied des Botschafterrates" in der Struktur der Seniorenstimme und der Nationalen Seniorencharta zusammen.

Ich setze auch meine soziale Arbeit für die Seniorengemeinschaft in Organisationen fort: Nationales Institut für Seniorenwirtschaft mit dem Titel des "Senior Community Leader", Polnische Senioren Union, Bürgerchaftliches Seniorenparlament.

Bislang wurde mein Engagement in der Sozialarbeit in verschiedenen Organisationen vom Präsidenten der Republik Polen anerkannt und ich wurde mit dem Silbernen Verdienstkreuz ausgezeichnet.

Wojciech Kałkusiński
Ehemaliger stellvertretender Vorsitzender
des Warschauer Seniorenrats

Warszawska Rada Seniorów
Kruczkowskiego 2
00-412 Warszawa
Polen
wk2@wp.pl
+48 501 306 984

Selbstorganisation und Engagement älterer Menschen aus Sicht der BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen

Silke Leicht

Das freiwillige Engagement älterer Menschen ist so bunt und vielfältig wie die Älteren selbst. Es gibt Engagementmöglichkeiten in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen und damit viele Möglichkeiten, eine für sich sinnvolle Tätigkeit im Alter auszuüben und die Gesellschaft im Kleinen wie im Großen mitzugestalten. Die Motivation reicht von dem Wunsch, etwas an die Gesellschaft zurückzugeben, mit anzupacken, Wissen weiter zu geben oder etwas Neues ausprobieren zu wollen, bis hin zum Wunsch nach sozialen Kontakten und neuen Impulsen. Etwas für andere zu tun wie auch etwas für sich zu tun – dies ist heute für viele selbstverständlich.

Das freiwillige Engagement – das Belegen auch die Engagementberichte der Bundesregierung und die Freiwilligensurveys¹² – ist für viele Menschen selbstverständlich. Laut aktuellem Deutschen Freiwilligensurvey engagieren sich 34 Prozent der Menschen, die 65 Jahre und älter sind. Bei den 65- bis

74-Jährigen liegt die Engagement-Quote bei 41 Prozent. Das entspricht in etwa dem durchschnittlichen Engagement in der Gesamtbevölkerung. Aber auch im höheren Alter engagiert sich noch etwa jeder Vierte. Zudem ist die Engagement-Quote der Menschen ab 55 Jahren in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen – von 28 Prozent in 1999 auf 38 Prozent in 2014. Die geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt ins Rentenalter kommen, werden mit großer Wahrscheinlichkeit die Zahl der älteren Engagierten weiter wachsen lassen.

Engagement fördern heißt Demokratie stärken. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen können und dürfen wir auf die Teilhabe und Teilnahme der Älteren nicht verzichten. Jede und jeder Einzelne ist mitverantwortlich für das Gelingen einer demokratischen und humanen Gesellschaft. Im Sinne der Subsidiarität tragen Staat und Kommunen die Verantwortung dafür, förderliche Rahmenbedingungen für Engagement und Partizipation zu schaffen.

Die Bandbreite des Engagements ist enorm: Das klassische Ehrenamt im Verein, die langjährige Mithilfe im Sport oder im Kulturcafé stehen neben dem Engagement in spontan organisierten Initiativen oder dem

12 Seit 2012 sind drei Engagementberichte der Bundesregierung veröffentlicht worden. Mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen erfassen und beschreiben sie die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/berichte-der-bundesregierung/dritter-engagementbericht/engagementberichte-der-bundesregierung>. Seit 1999 werden mit dem Deutschen Freiwilligensurvey (FWS) alle fünf Jahre die Daten zum freiwilligen Engagement in Deutschland erhoben: <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/engagement-staerken/freiwilligensurveys/der-deutsche-freiwilligensurvey-/100090>.

politischen Engagement in einer sozialen Bewegung. Auch das digitale Engagement gewinnt an Bedeutung. Zeitaufwendige Tätigkeiten mit einer hohen Verbindlichkeit existieren ganz selbstverständlich neben projektbezogenen kurzfristigen Einsätzen.

In einer Gesellschaft des langen Lebens ist das freiwillige Engagement ein wichtiger Ausdruck von sozialer Teilhabe. Zugleich leben die Älteren vor, dass das Älterwerden mit Sinnerfüllung, Aktivität und neuen Herausforderungen einhergehen kann. Sie sind Botschafterinnen und Botschafter eines neuen realistischen Altersbildes.

Die bestehenden Organisationen vor Ort sind nicht nur in Krisenzeiten wichtige Kontaktstellen. Gerade Seniorenorganisationen, Vereine, Verbände, Gewerkschaften, demokratische Parteien, Kirchengemeinden, Seniorenbeiräte oder Seniorenbüros, aber auch Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftsinitiativen leisten einen wichtigen Beitrag für eine bunte und lebendige Zivilgesellschaft. Sie müssen in ihrem Einsatz gestärkt werden.

Mitverantwortung im Sinne von Teilhabe und Teilnahme müssen auf kommunaler Ebene durch gute Rahmenbedingungen

befördert werden¹³. Teilnahme geschieht über das praktische Tun und Mithelfen. Viele Ältere leisten einen großen Beitrag für das gesellschaftliche Miteinander, in dem sie sich verlässlich beim Sportverein, in der Hospizarbeit oder in der Kirchengemeinde engagieren. Diese bewährten Strukturen gelebter Solidarität müssen erhalten und weiter entwickelt werden. Das, was sie ausmacht, ist ein großes Maß an Verlässlichkeit und Kontinuität.

Im Zuge gesellschaftlicher und demografischer Entwicklungen verändern sich auch bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt. Neue Themen und neue Bedarfe entstehen. Weltweite Herausforderungen wie Flucht und Migration, Klimaschutz, die Corona-Pandemie und die Digitalisierung lassen auch vor Ort neue Formen des Engagements und neue Initiativen spontan entstehen. Darüber hinaus können für die Begleitung Ehrenamtlicher neue digitale Formate genutzt werden.

Digitale Teilhabe kann jedoch nur sichergestellt werden, wenn der Zugang gewährleistet ist und entsprechende öffentliche Lernorte eingerichtet werden. Im Sinne eines „Digitalpakts Alter“¹⁴ sollte der Zugang Älterer zur digitalen Welt ermöglicht und ge-

13 Siehe die Empfehlungen des Siebten Altenberichts der deutschen Bundesregierung (2016): Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften (www.siebter-altenbericht.de) und die Stellungnahme der BAGSO unter www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2016/BAGSO_Stellungnahme_Siebter_Altenbericht.pdf

14 Siehe Stellungnahme der BAGSO „Ältere Menschen und Digitalisierung – Stellungnahme der BAGSO zum Achten Altersbericht der Bundesregierung“ (2020) unter https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/06_Veroeffentlichungen/2020/BAGSO-Stellungnahme_Achter_Altersbericht_Digitalisierung.pdf

sichert werden, damit dadurch Teilhabe und Partizipation und die Entwicklung neuer Engagementformen möglich sind. Es gibt zahlreiche Freiwilligen-Initiativen, in denen zumeist ältere Menschen andere ältere Menschen in die digitale Welt begleiten.

Angesichts der globalen Herausforderungen und seniorenpolitischen Entwicklungen gewinnt auch der internationale Austausch von Seniorenorganisationen und engagierten Älteren zunehmend an Bedeutung.

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind rund 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

Die BAGSO fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines längeren Lebens ebenso einschließt wie Zeiten der Verletzlichkeit und Pflegebedürftigkeit. Gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft tritt sie für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

In Positionspapieren und Stellungnahmen gibt die BAGSO Anstöße und Empfehlungen für politisches Handeln in Bund, Ländern und Kommunen. Die BAGSO veröffentlicht eine Vielzahl von Publikationen zu unterschiedlichen Themen, die kostenfrei zu be-

stellen sind oder auf der BAGSO-Internetseite heruntergeladen werden können.

Die BAGSO wurde im Januar 1989 von 11 Verbänden gegründet. Unter der Federführung des Deutschen Seniorenrings hatten diese Verbände zuvor bereits gemeinsam zwei Deutsche Seniorentage (1987 und 1988) veranstaltet. Die Deutschen Seniorentage, die seit 1991 alle drei stattfinden und gemeinsam mit den Verbänden ausgerichtet werden, sind in hohem Maße identitätsstiftend für die BAGSO. Seit 1991 wird die Arbeit der BAGSO vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert. In der Geschäftsstelle der BAGSO in Bonn arbeitet ein Team von rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Silke Leicht
Stellvertretende Geschäftsführerin

BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der
Seniorenorganisationen e. V.

Noeggerathstr. 49
53111 Bonn
Deutschland
leicht@bagso.de
+49 228 24 99 93 25

Selbstorganisation und Aktivität von Senioren aus der Sicht der Universitäten des dritten Lebensalters

Krystyna Męcik

Untersuchungen des Statistischen Hauptamts zufolge waren im Jahr 2008 in Polen 640 sogenannte Universitäten des dritten Lebensalters (Uniwersytety Trzeciego Wieku, UTW) tätig. Über 56% der Seniorenuniversitäten funktionierten als selbstständige Organisationen, Vereinigungen außerhalb der Strukturen der Zentralverwaltung. Bei den meisten von ihnen handelte es sich um Non-Profit-Organisationen, die keiner wirtschaftlichen Geschäftstätigkeit nachgehen. Die übrigen sind im Rahmen von Hochschulen, Bibliotheken, Kulturhäusern und Kulturzentren tätig.

Ein rascher Anstieg der Zahl dieser Einrichtungen erfolgte in den Jahren 2002 – 2007, als die bereits nach dem Zweiten Weltkrieg geborenen Senioren ins Rentenalter eintraten, die nun dank des Beitritts Polens zur Europäischen Union ungehindert die Welt bereisen und neue Erfahrungen sammeln konnten.

Auch die Entwicklung des Internets, der Computertechnologien und des Mobiltelefons sowie deren Zugänglichkeit hinsichtlich der finanziellen Möglichkeiten von Rentnern trugen zu dieser Entwicklung bei. Die Senioren begannen angesichts der sich bietenden Perspektiven für ihre persönliche intellektuelle und gesellschaftliche Entwicklung unter Aufrechterhaltung der Möglichkeit einer aktiven Generationenbindung und bei gleich-

zeitigem Fehlen von Angeboten seitens der Kommunen und Behörden Universitäten des dritten Lebensalters zu gründen. Mit ihren ehrgeizigen Ansätzen, neuen Programmen und Satzungen standen diese höher als die bisherigen Rentnerzirkel, die in verschiedenen Bereichen auf lokaler Ebene kulturelle Bildungsprogramme, Integrationsmaßnahmen und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung anboten.

Die überwiegende Mehrheit der Universitäten des dritten Lebensalters wurde von den Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen, die den Status ihrer Organisation entwarfen, die Hürden des bürokratisierten Systems der Eintragung ihres Vereins überwinden und Räumlichkeiten für die Vereinsarbeit finden mussten. Eine weitere Herausforderung für die Gründer bestand darin, mit ihren Ideen zu den Kommunalbehörden vorzudringen, die bei der Bereitstellung der für die Umsetzung der satzungsgemäßen Ziele der Organisation notwendigen öffentlichen Einrichtungen (Vortragssäle, Turnhallen, Fitnessräume, Sportplätze) Hilfe leisten konnten.

Der Erfolg dieser Bemühungen hing von zahlreichen Faktoren ab, von glücklichen Umständen, Engagement und Entschlossenheit der Aktivistinnen und Aktivisten. Der Wille allein, etwas für andere, für die Gesellschaft zu bewegen, reichte oft nicht aus. Die Fähigkeit, einen logischen und schlüssigen Vorgehensplan für die Umsetzung der Ideen des Vereins zu erstellen, war erst die Hälfte des Erfolgs bei der Überzeugung Dritter, insbesondere von Entscheidungsträgern. Es kam durchaus vor, dass letztere zur Vermeidung von Problemen den an der Basis entstehenden Initiativen ihre Unterstützung

versagen. Eine Bestätigung dessen ist die Position und Wahrnehmung der jeweiligen Vereinigung im lokalen Umfeld. Institutionelle Kommunalbehörden behandeln Initiativen junger Organisationen älterer Menschen oft mit Abstand und großer Vorsicht. Der Erwerb eines Vertrauenskredits erfordert zumeist langjährige und ausdauernde ehrenamtliche Tätigkeit, bis sich messbare Erfolge einstellen, die im lokalen Umfeld wahrgenommen und dann auch erwartet werden.

Die Tätigkeit der UTW wird hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen und Fördermitteln der lokalen Behörden zur Unterstützung örtlicher Nichtregierungsorganisationen, die sich ehrenamtlich für die Belange von Senioren einsetzen, bestritten.

Bei den Gründerinnen und Gründern von Universitäten des dritten Lebensalters handelt es sich in den meisten Fällen um Personen, die gesellschaftlich aktiv sind, häufig sind es berufstätige Lehrer, Trainer, Gewerkschaftler, aber auch ehemalige Mitglieder von Jugend- und Studierendenorganisationen.

Eine wichtige Etappe der Vereinsarbeit ist die Gewinnung neuer Mitglieder, die Ausarbeitung – mit ihnen und für sie – eines Maßnahmenprogramms, das ihren Erwartungen entspricht, schließlich die Ermunterung von gesellschaftlich nicht oder kaum aktiven Seniorinnen und Senioren.

Die stete Präsentation der Erfolge des Vereins auch außerhalb des eigenen Umfelds bedeutet den systematischen Aufbau einer positiven Außenwahrnehmung. Dies vergrößert

die Effizienz der Maßnahmen zur Erschließung von Geldmitteln für anspruchsvollere Projekte und ein reichhaltigeres Angebot von Veranstaltungen für Senioren.

Mit entsprechender Erfahrung und finanzieller Ausstattung ist es möglich, ein Programmangebot an breitere Kreise als die der Vereinsmitglieder zu adressieren und etwa der lokalen Gemeinschaft oder sogar anderen Seniorenorganisationen im In- und Ausland Vorträge anzubieten.

Ein Beispiel ist die Universität des dritten Lebensalters in Łazy, einer Kleinstadt mit rund 7000 Einwohnern. Die Universität des dritten Lebensalters wurde dort von einer einzigen Person gegründet, einer ehemaligen Lehrerin, die sich im Ruhestand nach wie vor ehrenamtlich engagierte und das Umfeld der Senioren und die Stadt zu ihrer Idee überzeugte. Die realisierten Initiativen und die dabei erzielten Erfolge wurden von der Umgebung und den Organen der staatlichen Verwaltung wahrgenommen. Die Fähigkeit zur Erschließung von Geldmitteln im Rahmen landesweiter Wettbewerbe für Seniorenprojekte ermöglichte es diesem mit 130 Mitgliedern relativ kleinen Verein, ein Angebot für Senioren in der Woiwodschaft Schlesien, dem ganzen Land und sogar Organisationen im Ausland vorzubereiten.

Diese kleine Universität des dritten Lebensalters organisierte eine Reihe von Fortbildungen für UTW und andere Seniorenorganisationen in der Woiwodschaft über das Vorgehen gegen soziale Exklusion, die Fähigkeit zum Handeln in der Gruppe, inter- und intragenerative Integration. Eine spektakuläre Initiative, die einen festen Platz

im Veranstaltungskalender gefunden hat, ist das seit 12 Jahren im Mai stattfindende Sportfest (Olympiade), zu dem über 1000 Teilnehmer aus ganz Polen, aber auch der Ukraine und Österreich, sich in dem kleinen „olympischen Dorf“ in Łazy begegnen. Im Jahr 2020 fand die Veranstaltung aufgrund der geltenden Pandemiebeschränkungen im Nationalstadion für Leichtathletik in Katowice statt.

Das Hauptziel der selbstständigen Universitäten des dritten Lebensalters ist die rationale Freizeitgestaltung von Senioren durch Verwirklichung ihrer Interessen und Hobbys, Weiterbildungsmaßnahmen in sie interessierenden Themenbereichen, Aufrechterhaltung und Verbesserung ihrer geistigen und körperlichen Verfassung. Diese Einrichtungen bemühen sich, unter ihren Mitgliedern die Bereitschaft zu ehrenamtlichem Engagement und Freiwilligentätigkeit zu fördern.

Sie organisieren regelmäßig Vorträge, Seminare, Integrationsveranstaltungen, gemeinsame Kino- oder Theaterbesuche, Ausflüge in die Umgebung, Reisen im In- und Ausland, Urlaubs- und Kuraufenthalte.

Größere, spektakulärere Erfolge erzielen Organisationen, die über Aktivisten mit Führungsqualitäten verfügen, die als Vorbild wirken, mit ihrem Engagement und Ideenreichtum Andere anstecken, sie zu gemeinsamer Arbeit und gegenseitiger Hilfeleistung motivieren. Ohne solche Anführer wird ein Seniorenverein lediglich die Programme anderer Universitäten des dritten Lebensalters nachahmen und in den gewohnten Handlungsmustern der eigenen Gruppe verfangen bleiben. Die bei der Präsentation

der eigenen Errungenschaften nach außen erhaltene Anerkennung mobilisiert Leader und aktive Mitglieder der Organisation zu weiterer Selbstvervollkommnung und zum Suchen nach neuen Ideen. Erfolg im Wettbewerb beflügelt immer und spornt zur Nachahmung an.

Ein wichtiges Element, das sich auf das dynamische Funktionieren der Organisation und ein attraktives Angebot von Veranstaltungen zur Aktivierung von Senioren auswirkt, ist die Zahl der Organisationen und ihr differenzierter gesellschaftlicher Querschnitt. In einem größeren Hörerkreis fällt es leichter, Personen zu finden, die an einer bestimmten Aktivität interessiert sind, Führungspersönlichkeiten zu ermitteln oder zu formen. Eine solche aktiv und erfolgreich arbeitende Gruppe zieht immer weitere Personen an, die zuvor unentschlossen waren oder nicht wussten, dass die Teilnahme an der Aktivität der Gruppe für sie attraktiv ist und bewirkt, dass ihr Leben an neuen Werten und Erfahrungen gewinnt. Für Aktivitäten wie Nordic Walking, Wandern, Radfahren, Aerobic, Tanz, Brettspiele finden sich immer Interessenten und sie lassen sich sowohl in großen als auch kleineren Seniorenvereinen realisieren.

Kurse über den Einsatz von Computer und EDV-Technologien zur Verwirklichung der eigenen Hobbys, Nutzung sozialer Medien oder Fremdsprachenlernen erfordern die Einbeziehung von Trainern, die nur schwer im Rahmen einer Freiwilligentätigkeit zu bekommen sind und denen man ein Honorar zahlen muss. Ähnlich verhält es sich mit der Organisation von Theater- oder Kabarettgruppen, Workshops im Bereich der bil-

denden Künste, Volksmusikensembles oder Chören. Kleine Organisationen sind nicht in der Lage, solche Projekte aus Eigenmitteln (Mitgliedsbeiträgen) zu finanzieren. Häufig müssen dafür Mitglieder aufkommen, die sich in besonderer Weise für die jeweilige Aktivität interessieren.

Eine wichtige Finanzierungsquelle sind externe Mittel – Sponsoren, Wettbewerbe, Fördergelder. Mit der Erschließung solcher Mittel kommen die Universitäten des dritten Lebensalters immer besser zurecht. Die Aufrechterhaltung der Arbeit einer Gruppe über einen Zeitraum von vielen Jahren hängt in hohem Maße von ihren Erfolgen und ihrer Hartnäckigkeit ab. Viel Befriedigung verschaffen den Aktivisten der Vereine selbstständig von den Senioren geschaffene Initiativen in Bereichen wie: Models 60+, Segeln, Paddeln, Schwimmen, Töpferei, Glasmalerei, Porzellan, Sublimationsdruck, Kunsthandwerk. In solchen Fällen gewinnt der Ideengeber sein Umfeld für seine Idee, vermittelt eine Vision ihrer Umsetzung und die zu erreichenden Effekte. Wenn sich Vereinsmitglieder dafür interessieren und ihre Teilnahme deklarieren, hilft der Vereinsvorstand (der über größere organisatorische Erfahrungen verfügt) bei der Einrichtung einer solchen Sektion.

Die Zeit der Pandemie hat die Universitäten des dritten Lebensalters und andere Seniorenvereine vor besondere Herausforderungen gestellt. Das Virus hat den neuralgischen Punkt der Tätigkeit einer solchen Organisation getroffen: soziale Nähe, unmittelbarer Kontakt, regelmäßige Treffen. Präsenzveranstaltungen wurden durch virtuelle Formen ersetzt, Sportaktivitäten vorübergehend eingestellt.

Heute müssen die Universitäten des dritten Lebensalters und andere Seniorenvereine nach neuen Methoden der Integration suchen, Ziele finden, die sich ohne Gefährdung der Gesundheit der Senioren umsetzen lassen. Das Nähen von Mundschutz für Mitarbeiter städtischer Institutionen und Bekannte, das in vielen Universitäten des dritten Lebensalters angeboten wird, zeigt, dass das Potenzial für Aktivität, Engagement für soziale Angelegenheiten eine feste Grundlage für die Gestaltung der Programme der UTW sogar in den schweren Zeiten der Pandemie darstellt.

Krystyna Męcik

Mitglied des Vorstandes der Polnischen Föderation der Verbände der Universitäten des dritten Lebensalters

Mitglied des schlesischen Seniorenrates

Mitglied der Polnischen Senioren-Union

Präsidentin der Universität des dritten Lebensalters in Łazy

Ogólnopolska Federacja Stowarzyszeń
Uniwersytetów Trzeciego Wieku

ul. Jagiellońska 18

33-300 Nowy Sącz

Polen

utw@utwlazy.pl

+48 698 695 971

Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Seniorinnen und Senioren aus Sicht der Seniorenvertretung Friedrichshain-Kreuzberg von Berlin

Dr. Dieter Kloß

Im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg leben fast 300.000 Menschen, über 40.000 davon sind älter als 60 Jahre. Auch wenn der Bezirk mit diesem Anteil älterer Menschen der jüngste Bezirk Berlins ist, haben sich hier viele Bürgerinnen und Bürger Gedanken darüber gemacht, wie man die älteren Menschen dabei unterstützen kann, ihre Interessen im Bezirk und in ganz Berlin wahrzunehmen und durchzusetzen. Das geschieht auf vielen unterschiedlichen Ebenen.

Zum einen durch das Sozialamt im Bezirk mit seinen Mitarbeitern und unter Einbeziehung von ehrenamtlichen Helfern, darunter eine Vielzahl Ehrenamtlicher, die selbst schon im Seniorenalter sind.

Zum zweiten spielen wohltätige Organisationen der Kirchen (z.B. Caritas und Diakonie) und andere Vereine oder Organisationen der Wohlfahrt (z.B. Arbeiterwohlfahrt, Volkssolidarität, Union-Hilfswerk, Rotes Kreuz) eine große Rolle. Auch diese beziehen viele ehrenamtlich tätige Menschen in ihre Arbeit ein.

Zum Dritten gibt es in Berlin bereits seit 2006 ein vom Abgeordnetenhaus von Berlin (Berliner Landesparlament) beschlossenes Gesetz zur Stärkung der Mitwirkungsrechte der Seniorinnen und Senioren im Land

Berlin, das **Berliner Seniorenmitwirkungs-gesetz**. Es legt fest, dass die Seniorenvertretungen der Bezirke durch die Seniorinnen und Senioren direkt gewählt werden und die organisatorische Vorbereitung und Durchführung dieser Wahlen von den Bezirksämtern sicherzustellen ist. Das Seniorenmitwirkungs-gesetz bildet die rechtliche Grundlage für die Arbeit der Seniorenvertretungen in Berlin. Danach gibt es in Berlin drei Gremien der Seniorenmitwirkung: Die direkt gewählten Seniorenvertretungen in den 12 Bezirken, die Landesseniorenvertretung und den Landesseniorenbeirat. Auch wenn es wie ein Widerspruch klingt, das Gesetz ist eine wichtige Grundlage für unsere **Unabhängigkeit, Selbstbestimmung** und **Selbstorganisation**.

Dieses Gesetz schafft dafür den rechtlichen Rahmen, indem es die Administration im Land Berlin und in den Bezirken der Stadt dazu verpflichtet, die selbstständige Arbeit der Seniorenvertretungen zu unterstützen und ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten. Dadurch ist es den Seniorenvertretungen möglich, selbstständig zu entscheiden, wie ihre Arbeit gestaltet wird. Dazu nachfolgend einige Details zur Erläuterung.

Die Mitglieder der Seniorenvertretungen in den 12 Bezirken Berlins werden durch allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen direkt durch die Seniorinnen und Senioren im jeweiligen Bezirk gewählt. Aktives und passives Wahlrecht für die bezirklichen Seniorenvertretungen haben alle im Bezirk amtlich gemeldeten Bewohnerinnen und Bewohner, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Das gilt unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft. Damit sind die 12 be-

zirklichen Seniorenvertretungen in Berlin die wichtigste Form der Selbstbestimmung und der Selbstorganisation der Seniorinnen und Senioren in unserer Stadt. Das Gesetz garantiert uns unsere Unabhängigkeit und legt gleichzeitig fest, dass wir parteipolitisch neutral und konfessionell nicht gebunden unsere Arbeit zu leisten haben. Was natürlich nicht heißt, dass wir nicht Mitglieder einer Partei oder Religionsgemeinschaft sein dürfen.

Mit diesem Gesetz wird gewährleistet, dass es in jedem Bezirk eine Interessenvertretung der älteren Menschen gibt, die ausschließlich aus Seniorinnen und Senioren besteht. Die Vorsitzenden der Seniorenvertretungen in den zwölf Berliner Bezirken bilden gemeinsam die Landesseniorenvertretung. Diese wiederum bildet zusammen mit Vertretern von Organisationen, die im Seniorenbereich aktiv sind, den Landesseniorenbeirat. Dieser berät den Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin in senienpolitisch wichtigen Fragen.

Bekanntlich sind solche Interessenvertretungen, auch wenn sie ausschließlich aus ehrenamtlich Tätigen bestehen, nicht ohne finanzielle und andere materielle Mittel arbeitsfähig. Daher enthält das Gesetz eine Pflicht für die im Sozialbereich der Bezirke und des Landes Berlin zuständigen Verwaltungen, die Seniorenvertretungen mit entsprechenden Mitteln auszustatten bzw. zu unterstützen.

Da die Bezirke Berlins relativ selbstständig mit eigenen Haushaltsplänen und Haushaltsmitteln arbeiten, ist auch die materielle Unterstützung in jedem Bezirk unter-

schiedlich, denn es gibt wirtschaftlich stärkere und schwächere Bezirke. Der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg zählt eher zu den „ärmeren“ Bezirken. Trotzdem unterstützt er uns durch die Bereitstellung von Finanzmitteln zum Betrieb einer kleinen Geschäftsstelle und für die Erstattung von für unsere Arbeit notwendigen Kosten sowie durch die kostenlose Bereitstellung von Räumen für die Geschäftsstelle.

Die Seniorenvertretung von Friedrichshain-Kreuzberg hat 17 Mitglieder, gewählt mit den meisten Stimmen von den zur Wahl angetretenen 34 Kandidaten. Nach der erfolgten Wahl wurden diese 17 Seniorinnen und Senioren vom zuständigen Bezirksstadtrat in die Seniorenvertretung berufen. Danach hat die neu gewählte Seniorenvertretung zusammengesessen und aus ihrer Mitte den Vorstand gewählt. Später beschlossen wir unsere Geschäftsordnung und Finanzordnung, wir konnten frei entscheiden und waren an keinerlei Vorgaben durch die Verwaltungen gebunden.

Die tägliche Arbeit von uns Seniorenvertretern ist sehr vielfältig und oft mit viel Zeitaufwand verbunden. Wir führen regelmäßig öffentliche Sprechstunden für Senioren durch, dafür nutzen wir unsere zwei Büros und gehen auch direkt vor Ort, um den Senioren lange Wege zu ersparen. Dort, wo Veranstaltungen für Senioren stattfinden, stehen unsere Mitglieder regelmäßig für Gespräche zu Problemen und Anliegen von Senioren zur Verfügung.

Wir beteiligen uns aktiv als Mitglieder in Netzwerken im Bezirk, in denen sich Pflegedienste und Pflegeheime sowie Verbände

und Vereinigungen, die die Interessen der älteren Menschen aktiv unterstützen, zusammengeschlossen haben. In diesen Netzwerken werden viele Probleme der älteren Menschen sowohl aus dem Blickwinkel der betreuenden Organisationen als auch aus dem der Senioren betrachtet, diskutiert und gemeinsam nach Lösungen gesucht. Wir vertreten hier natürlich in erster Linie die Interessen der zu betreuenden Menschen, bekommen aber auch einen guten Einblick in die Arbeit sowie Probleme der Organisationen, die für die Betreuung zuständig sind.

Gemeinsam mit diesen Partnern organisieren wir auch Veranstaltungen für unsere älteren Mitbürger. Im vergangenen Jahr 2019 haben wir beispielsweise gemeinsam mit einem Seniorenheim, Mitarbeitern des Bezirksamts, Mitgliedern des Bezirksparlaments und eines Sportvereins ein Seniorensportfest organisiert. Leider mussten wir für dieses Jahr das Sportfest aus den bekannten Gründen absagen.

Jährlich organisieren wir eine Weihnachtspäckchenaktion für bedürftige und einsame Seniorinnen und Senioren in unserem Bezirk. Das ist eine Gemeinschaftsaktion der Seniorenvertretung mit dem Bezirksamt und vielen freiwilligen Helfern aus unserem Bezirk. Wir erhalten Gelder dafür von einer Stiftung des Bezirks und von vielen Spendern aus Politik und Wirtschaft. Jährlich konnten wir mehreren hundert einsamen älteren Menschen so eine kleine Weihnachtsfreude bereiten. Die gesamte Aktion fand große Unterstützung. Beim Packen und Verteilen der Weihnachtspäckchen halfen uns Politiker aus dem Bezirk, dem Land Berlin und aus dem Bundestag, unabhängig

von ihrer Parteizugehörigkeit. Leider können wir auch diese Aktion in 2020 nicht durchführen.

Wir haben im Rahmen unserer Tätigkeit als Seniorenvertreter die Möglichkeit, uns an bestimmten Entscheidungsprozessen im Bezirk zu beteiligen. So sind wir berechtigt, und tun das auch, Mitglieder der Seniorenvertretung in die Ausschüsse der Bezirksverordnetenversammlung (BVV)- Bezirksparlament- zu entsenden. Wir sind dort zwar nicht stimmberechtigt, haben aber nach der Geschäftsordnung ständiges Rederecht.

Unsere Anliegen, Vorschläge und Hinweise zur Seniorenarbeit können wir jederzeit über die Vorsteherin der BVV oder den für Seniorenarbeit zuständigen Stadtrat der BVV bekannt machen oder bitten, diese auf geeignete Art und Weise in die Arbeit der BVV einzubringen.

Ein wichtiges Instrument unserer Arbeit sind die öffentlichen Sitzungen der Seniorenvertretung im Bezirk, an denen alle Seniorinnen und Senioren teilnehmen können, um mit uns über Schwierigkeiten, Probleme oder auch positive Entwicklungen der Seniorenpolitik zu sprechen.

Regelmäßig begrüßen wir zu diesen Sitzungen Vertreter der Politik, z.B. Stadträte aus unserem Bezirk, Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses oder Mitglieder des Bundestages. Außerdem laden wir zu uns besonders interessierenden Themen auch Vertreter von unterschiedlichen Institutionen ein, die sich mit speziell diesen Fragen beschäftigen.

Eine besonders enge Zusammenarbeit gibt es mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialbereiches im Bezirk, das ist eine wichtige Grundlage unserer täglichen Arbeit. Wir informieren uns immer schnell gegenseitig über aktuelle Entwicklungen und Probleme. Regelmäßige Treffen des Vorstandes mit dem für Soziales zuständigen Stadtrat helfen uns und auch dem Bezirk dabei, die Arbeit der anderen Seite kritisch zu betrachten, zu verstehen und zu unterstützen.

Dr. Dieter Kloß
Vorsitzender

Seniorenvertretung Friedrichshain-Kreuzberg
von Berlin
Kadiner Straße 1
10243 Berlin
Deutschland
seniorenvertretung@friedrichshain-kreuz-
berg.net
+49 30 212 370 76

Die Vertretung der Interessen von Senioren und der Markt von Waren und Dienstleistungen

Marzena Rudnicka

„Nichts über uns ohne uns“, sagen meine älteren Bekannten, wenn ich ihnen die Frage stelle, wie Firmen ihr Angebot an deren Bedürfnisse anpassen sollten. Dieser einfachste aller möglichen Hinweise scheint offensichtlich und selbsterklärend. Warum also beobachten wir eine so beträchtliche Diskrepanz zwischen dem Markt und den Bedürfnissen von Verbrauchern, die nicht zur sogenannten „kommerziellen Zielgruppe zählen“, also Menschen über fünfzig?

Wenn wir die demografischen Daten betrachten, erkennen wir eine dynamische Veränderung in Richtung der Gruppe von Verbrauchern im reiferen Alter. Die steigende Lebenserwartung fällt zusammen mit dem

Geburtenrückgang, was bedeutet, dass die gesamte Altersstruktur der Gesellschaft einer Veränderung unterworfen ist, was eine Neuorientierung der Güterproduktion und des Dienstleistungsangebots auf die Bedürfnisse einer langlebigen Gesellschaft mit einem steigenden Bevölkerungsanteil in der höheren Altersgruppe nach sich zieht. Bei näherer Betrachtung der Daten sehen wir, dass es schon heute in Polen mehr Menschen in Gruppe 60+ gibt als Heranwachsende (0-20).

Die Dynamik des demografischen Wandels in den vergangenen Jahren zeigt einen steten Zuwachs der Altersgruppe 60+:

- 1946 belief die Zahl der Menschen ab dem 60. Lebensjahr in Polen auf 9%,
- 1990 belief die Zahl der Menschen ab dem 60. Lebensjahr in Polen auf 13%,
- 2017 belief die Zahl der Menschen ab dem 60. Lebensjahr in Polen auf 23%,
- heute machen ältere Menschen fast 24% unserer Gesellschaft aus.

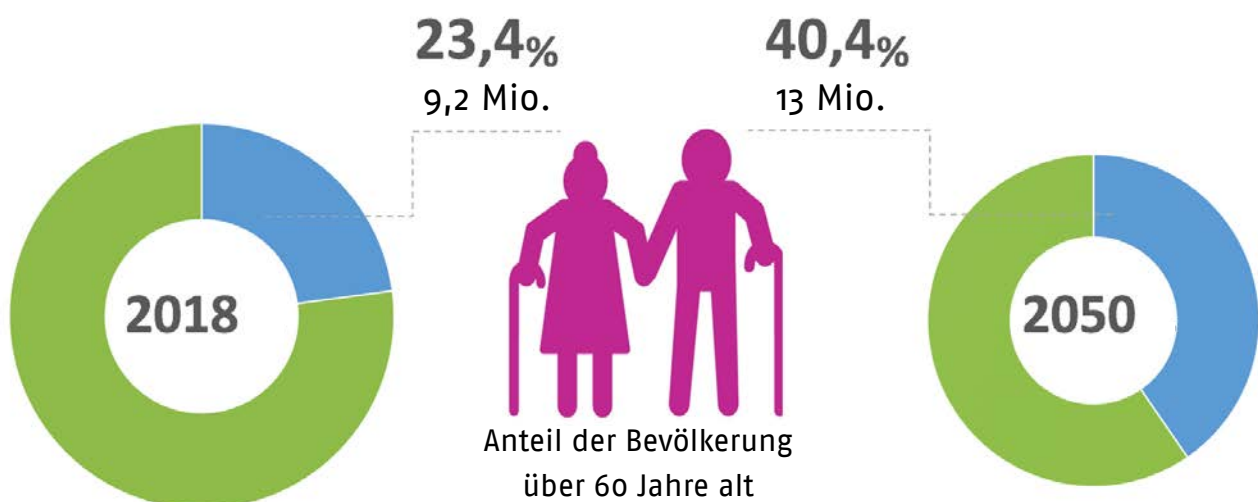


Abb. Eigene Darstellung auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Hauptamts (GUS)

Prognosen von Eurostat zufolge wird die Zahl der Altersgruppe 80+ in den kommenden 15 Jahren um 143% steigen, während die Voraussagen in Bezug auf die gesamte Europäische Union von einem Anstieg um 88% ausgehen. Außerdem wird im selben Zeitraum die Bevölkerungszahl um über 5% steigen, während für Polen leider ein Rückgang von 5% erwartet wird.

Die demografischen Daten suggerieren, dass es sich lohnt, die Aufmerksamkeit auf das Potenzial des polnischen Markts im Hinblick auf die Zahl der Verbraucher im reiferen Lebensalter zu richten. Wenn wir die Zahl der älteren Menschen in unserem Land mit anderen Staaten Europas vergleichen, ergibt sich, dass es in Polen mehr Menschen über 60 gibt als alle Einwohner in einem Drittel der Staaten der EU zusammengenommen. So stellen etwa Dänemark, Norwegen, Schweden, Norwegen, Schweden, Weißrussland und Österreich kleinere Verbrauchermärkte dar als unser „Seniorensektor“. Weiterhin jedoch ignorieren Firmen bei der Entwicklung ihrer Marketingstrategien oder der Projektierung neuer Dienstleistung ältere Menschen, die als wenig aktive und weniger finanzkräftige Kunden gelten. **Dabei beläuft sich der verfügbare Jahreshaushalt der Altersgruppe 60+ auf insgesamt 135 Milliarden Złoty.** Aus dem vom Verband der polnischen Banken erstellten Bericht InfoSenior geht zudem hervor, dass **der jährliche Haushaltsüberschuss im Geldbeutel der Verbraucher der Altersgruppe 60+ immerhin 24 Milliarden Złoty beträgt.** Diese Daten veranschaulichen, dass es sich hier um eine Gruppe handelt, die sich im Prozess der Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen und beim Aufbau

von Marketingstrategien nicht übergehen lässt.

Als Gesellschaft altern wir schneller als Individuen dagegen langsamer. Auch in Polen ist es so, dass die Menschen nicht nur länger leben, sondern auch länger gesund und aktiv bleiben. Aus Untersuchungen des Landesinstituts für Senioralwirtschaft (Krajowy Instytut Gospodarki Senioralnej) geht hervor, dass Senioren als Verbraucher sich in den vergangenen Jahren verändert haben. Im Laufe der letzte 10 Jahre ist:

- die Zahl der Senioren, die Internet und Computer nutzen, um das Vierfache gestiegen,
- die Zahl der Senioren, die Computerspiele spielen, um das Dreifache gestiegen,
- die Zahl der Senioren, die Reisen unternehmen, ihre Freizeit aktiv gestalten, Offerten von Reisebüros oder Sport- und Erholungsangebote in Anspruch nehmen, signifikant gestiegen.

Darüber hinaus zeigen die Untersuchungen einen Rückgang von Aktivitäten, die dieser Gruppe den allgemeinen Klischeevorstellungen nach zugeschrieben werden, wie etwa das Lösen von Kreuzworträtseln.

Derweil zeichnet die Marktwirklichkeit ein Bild, das am Schreibtisch der Jüngeren entsteht und von veralteten Vorstellungen geprägt ist, woraus sich folgende Effekte ergeben:

Marketingstrategien und Handelsangebote sind nicht auf alle Altersgruppen ausgerichtet.

Häufig schließen sie durch die verwendete Sprache, die Gestaltung der Gebrauchsanweisung oder die Zugangskanäle ältere Adressaten aus, die potenziell an diesen Angeboten interessiert wären.

Verbraucher in einem bestimmten Alter haben zuweilen Schwierigkeiten, das Angebot zu verstehen, was dazu führt, dass sie ein Produkt erwerben oder eine Dienstleistung in Anspruch nehmen, ohne sich letztlich aller diesbezüglichen Konsequenzen bewusst zu sein (Beispiele: Ratenkäufe über Kreditinstitute, Kauf von Medien und „bei der Gelegenheit“ eines Laptops, den sie gar nicht brauchen, aber der in den monatlichen Gebühren enthalten ist).

Es kommt vor, dass ältere Verbraucher Sonderangebote der Handelsketten nicht in Anspruch nehmen können, weil sie nicht die dafür notwendige App besitzen – weil sie kein Smartphone haben oder nicht geübt im Umgang mit dem Internet sind.

Der Kunde 50 +, eine neue, kaum erforschte Zielgruppe

Während die sogenannte „kommerzielle Zielgruppe“ (16–49) ständig analysiert, kategorisiert und als so differenziert wahrgenommen wird, dass sich kaum universelle Lösungen für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse finden lassen, wird die Gruppe der „Silvers“ allgemein als völlig homogen angesehen. Dagegen unterscheiden sich die Angehörigen dieser Gruppe nicht weniger voneinander als vor zehn, zwanzig oder vierzig Jahren. Sie sind Menschen, die

unterschiedliche Vorlieben und Interessen, einen unterschiedlichen materiellen Status und unterschiedliche Freizeitgewohnheiten aufweisen. Wenn wir das Verbraucherverhalten von Zwanzigjährigen, mit dem von Vierzigjährigen vergleichen, können wir wohl kaum behaupten, dass sie identisch seien. Die einen starten gerade ins Leben, während sich die anderen auf dem Höhepunkt ihrer Karriere befinden oder vielleicht gerade in ihre Midlife Crisis eintreten. Ähnlich differenzierte Bedürfnisse haben Menschen im Alter von 60 oder 80 Jahren, aber auch eine solche Kategorisierung ist nicht ganz adäquat, da sich nicht nur das Alter auf den Lebensstil und Sozialverhalten auswirkt. Die gesundheitliche Verfassung, alte Gewohnheiten, Charakter und Temperament machen genauso die Einzigartigkeit eines jeden Menschen aus, unabhängig von seinem Alter.

Zugleich generiert die zunehmende Zahl älterer Verbraucher notwendigerweise neue Trends, die sich schon heute auf dem Markt ausmachen lassen:

- das Bedürfnis nach einem Angebot von für diese Altersgruppe maßgeschneiderten Waren und Dienstleistungen,
- den Bedarf nach Anpassung universeller Waren und Dienstleistungen an die Möglichkeiten und Anforderungen dieser Altersgruppe,
- die Notwendigkeit der Adressierung von Inhalten an ältere Verbraucher, um diesen die Auswahl im Dickicht der Werbung und der nicht immer adäquaten, benötigten, lautereren oder sichereren Angebote zu erleichtern.

Begegnung der Gegensätze

Am Beginn des Weges beim Aufbau zielgerichteter und bedürfnisgerechter Angebote für Menschen im reiferen Alter scheint es notwendig, dass veraltete und nicht mehr der Wirklichkeit entsprechende Vorstellungen von den sogenannten Senioren fallen gelassen werden. Es genügt, sich genau das Bild reiferer Menschen anzuschauen, die nicht nur unterschiedlich sind, sondern häufig genug auch so gar nicht dem Klischeebild lebensuntüchtiger, wenig gebildeter, passiver, unvernünftiger, konservativer und unaufgeschlossener Menschen entsprechen, die sich nur in ihrer Großelternrolle bewähren. Die Stereotypisierung des Alters führt zu einer Verfestigung überkommener und falscher Klischeevorstellungen, aber auch dazu, dass Alt und Jung allzu oft geradezu als gegensätzliche Pole des Marktes wahrgenommen werden.

Wie sollen sich diese beiden entfernten Altersgruppen und Weltsichten begegnen, wenn am einen Enden die „Vermarkter“ sitzen, also diejenigen, die Marketingstrategien und die Sprache der Marktkommunikation entwickeln, und auf der anderen ihre geheimnisvollen Rezipienten, Kunden, die nicht zu der ihnen vertrauten „kommerziellen Zielgruppe“ gehören und denen es dementsprechend schwer fällt, maßgeschneiderte Angebote – und eine entsprechend treffende Reklame – an ihre um Jahrzehnte ältere Zielgruppe zu adressieren. Nach welchen Strategien können sich Firmen umsehen, um effizient an ihre Kunden im reiferen Alter heranzukommen? Die einfachste Lösung besteht darin, Vertreter dieser Altersgruppe in den Prozess der

Schaffung von Kommunikationskonzepten, Produkten und Dienstleistungen einzubinden. Noch nicht allzu häufig, aber zum Glück doch immer erkennbarer, stellen sich Unternehmen dieser Aufgabe, indem sie Marktforscher beschäftigen, die sich mit einer Bestandsaufnahme der Bedürfnisse älterer Konsumenten beschäftigen und somit der von der Firma angedachten Zielgruppe eine Stimme zu verleihen. Eine durchdachte Untersuchung der tatsächlichen Adressaten bietet die Chance für einen guten Start auf dem Weg der Erstellung oder Adaptation von Angeboten an die Bedürfnisse von Menschen im fortgeschrittenen Alter. Auf dieser Etappe erfahren Firmen zumeist, dass es nicht unbedingt notwendig ist, „etwas Spezielles für Senioren“ vorzubereiten, da dies stigmatisierend wirkt, sondern dass es sich lohnt, darüber nachzudenken, was man verbessern kann, um ein universelles Angebot auch an die Bedürfnisse älterer Menschen anzupassen. Auf dieser Etappe werden die potenziellen reiferen Kunden zu Fokusgruppen eingeladen. Ein angemessen durchgeführter Prozess der Verbraucherconsultation kann dazu führen, dass eine Firma ohne Stigmatisierung und Fingerzeig auf das Alter der Kunden einen Wettbewerbsvorteil gewinnt, indem sie bewirkt, dass ihre Produkte oder Leistungen ganz einfach altersgerecht sind. Für jedes Alter. Wichtig ist ebenso ein kundenfreundlicher After-Sales-Service, also verständliche Gebrauchsanleitungen, Reklamations- und RückgabeprozEDUREN, Garantien, Hotlines etc., mit denen sich die Kundschaft auch nach dem Kauf wohl fühlt.

Es bleibt zu hoffen, dass die Firmen die Veränderungen in der Altersstruktur ihrer

Kundschaft erkennen, alte Klischeevorstellungen verlassen, bemerken, dass ältere Verbraucherinnen und Verbraucher nicht nur Grundlebensmittel und Medikamente brauchen, sondern auch an modischer Kleidung, Haushaltsgeräten, Unterhaltungselektronik, Computern, Mobiltelefonen, Einrichtungsgegenständen, Gartengeräten, Automotive, Sport und Freizeit etc. interessiert sind. Immer häufiger nutzen sie das Kultur-, Gastronomie- oder Reiseangebot. Ein stereotypes Bild von Senioren bewirkt allzu oft traditionelle Marketingmaßnahmen und beschränkt die Kundenkommunikation auf zwei Kanäle: Fernsehen und Printmedien. Dabei handelt es sich bei älteren Menschen um eine Gruppe, für die eine der wichtigsten Elemente einer Kaufentscheidung die Empfehlung des jeweiligen Produkts durch jemand aus ihrem Bekanntenkreis darstellt. Warum also setzt man bei an älteren Senioren adressierten Strategien so selten auf Loyalitätsprogramme oder spezielle Prämien für die Weiterempfehlung an andere Senioren? Völlig übergangen wird zuweilen der direkte Kundenservice für diese Zielgruppe.

Eine der größten Sünden gegenüber älteren Verbrauchern ist ihre ausschließliche Wahrnehmung durch das Prisma des Lebensalters und die daraus hervorgehende Kommunikationsstrategie. Die Botschaft „Das ist für dich bestimmt, weil du alt bist“ dominiert leider immer noch im Marketing, obwohl sie wenig effektiv ist und stigmatisierend wirkt. Das Angebot einer Ware oder einer Dienstleistung sollte älteren Kunden nicht deshalb entsprechen, weil sie für Senioren konzipiert sind, sondern weil sie für Menschen in jedem Lebensalter geeignet ist.

Wir können den Lauf der Jahre und den Alterungsprozess nicht aufhalten, aber wir haben Einfluss darauf, ob unsere Umgebung, die Welt in der wir leben, zu unserem Alter passt, egal wie alt wir sind.

Marzena Rudnicka
Vorstandsvorsitzende KIGS

Krajowy Instytut Gospodarki Senioralnej
ul. Wilanowska 14 lok. 51 (Powiśle)
00-422 Warszawa
Polen
marzena.rudnicka@kigs.org.pl
+48 786 200 301

Auf dem Weg zum Aufbau einer Interessenvertretung für Seniorenorganisationen in Polen – Ansätze und Umsetzung

Bartłomiej Głuszak

Immer deutlicher zu erkennen ist die Einteilung der polnischen Senioren/innen in aktive Personen in guter körperlicher und finanzieller Verfassung und Personen, die sich in einer schwierigen – wirtschaftlichen, familiären, gesundheitlichen oder sozialen – Situation befinden.

Diese Einteilung widerspiegelt sich in auch in den Umfeldern, die entweder Senioren zusammenschließen oder sich für deren Belange einsetzen. Den aktiven Teil repräsentieren hervorragend die Universitäten des dritten Lebensalters (Uniwersytety Trzeciego Wieku, UTW), eine sich immer dynamischer entwickelnde Bürgerbewegung in Polen. Hier geht es längst nicht mehr nur um Bildungsarbeit, sondern auch um Repräsentation und Interessenvertretung. Die Universitäten des dritten Lebensalters haben sich bestens in die heutigen Realitäten eingefunden. Immer erfolgreicher erschließen sie verschiedenartige Formen der Unterstützung und Förderung, immer häufiger melden sie sich mit einer gemeinsamen Stimme zu Wort.

Andererseits haben wir es mit der „sozialen“ Gruppe zu tun, also mit Personen, die der Hilfe und Unterstützung bedürfen. Im Hinblick auf ihren Gesundheitszustand, ihre familiäre oder wirtschaftliche Situation sind sie nicht in der Lage, aktiv zu werden, geschweige denn eine Zusammenarbeit und

eine gemeinsame Interessenvertretung herbeizuführen. Auch hier sind Organisationen und Institutionen tätig, die sich im Bereich der Sozialhilfe oder der Gesundheitsfürsorge bewegen. Allerdings sind sie verstreut, nicht so homogen, wie die erwähnten Universitäten des dritten Lebensalters. Eine der größten Mitgliedsorganisationen ist der Verband der Pensionäre, Rentner und Invaliden (Związek Emerytów, Rencistów i Inwalidów). Aber es gibt auch eine ganze Reihe von Einrichtungen, die nicht darauf beruhen, Senioren zusammenschließen, sondern für diese tätig zu sein – Gesellschaften, Stiftungen, Sozialhilfeeinrichtungen, Kulturzentren und viele andere. Aufgrund ihrer Besonderheiten sind sie oft sehr vielfältig, verfügen über unterschiedliche Erfahrungen, vertreten unterschiedliche Überzeugungen. Ein Teil von ihnen kann sich für die Vertretung der Interessen von älteren Menschen in schwierigen Lebenssituationen einsetzen. Wenig wahrscheinlich ist allerdings, dass sie sich in absehbarer Zeit zu einer einheitlichen Vertretung der Senioren/innen entwickeln werden.

Die Arbeitsgemeinschaft der Sozialverbände (Wspólnota Robocza Związków Organizacji Socjalnych, WRZOS) situiert sich hinsichtlich ihrer Mission und Struktur eindeutig in dieser zweiten Gruppe: der Organisationen, die sich für Senioren einsetzen, auch wenn sich unter den Mitgliedsverbänden auch Seniorenorganisationen befinden, darunter auch Universitäten des dritten Lebensalters. WRZOS arbeitet seit längerer Zeit im Bereich systemischer Maßnahmen für ältere Menschen. Auf regionaler Ebene sind die Mitgliedsorganisationen sehr aktiv. Sie initiieren und begleiten die Schaffung regionaler

Seniorenpolitiken, etwa die Föderation der Seniorenorganisationen der Woiwodschaft Ermland-Masuren (Federacja Organizacji Senioralnych Województwa Warmińsko-Mazurskiego, FOSa), die in Zusammenarbeit mit den Kommunalbehörden zur Entstehung einer Seniorenpolitik der Woiwodschaft und zur Bildung des Woiwodschaftssenienerrats beigetragen hat.

Auf Landesebene hat WRZOS Standards der Sozialarbeit mit älteren Menschen erarbeitet und führt seit Jahren eine Debatte über die Seniorenpolitik und den Stellenwert von Nichtregierungsorganisationen darin. Einerseits hat die Debatte einen internen Charakter – Diskussionen der Mitgliedsorganisationen und Arbeit der Experten der WRZOS an Modelllösungen, die nach unserer Ansicht unbedingt eingeführt werden sollten. Andererseits laden wir zur Debatte auch externe Partner, Organisationen und Institutionen ein, die sich für die Seniorenthematik interessieren.

Einer der wichtigsten Partner in diesem Bereich ist die Gesamtpolnische Übereinkunft über die Zusammenarbeit der Seniorenräte (Ogólnopolskie Porozumienie o Współpracy Rad Seniorów, OPOWRS), deren Sekretariat wir drei Jahre lang geführt haben. Zusammen mit der OPOWRS haben wir eine Diagnose der Situation der Seniorenräte durchgeführt, ein Modell für die Einrichtung von Seniorenräten erarbeitet und eine Reihe von Förder- und Interessenvertretungsmaßnahmen durchgeführt.

Die Diskussionen, Gespräche mit den Partnern, Schlussfolgerungen und Diagnosen, aber auch die Beobachtung der aktuellen

Entwicklung lassen eine große Differenziertheit der älteren Generation erkennen. Die Übereinkünfte der Universitäten des dritten Lebensalters (Porozumienia Uniwersytetów III Wieku) auf Landes- und Regionalebene, das Senioren-Bürgerparlament (Obywatelski Parlament Seniorów), die Gesamtpolnische Übereinkunft über die Zusammenarbeit der Seniorenräte (Ogólnopolskie Porozumienie o Współpracy Rad Seniorów) sind nur einige der Bewegungen, die auf Repräsentation und Interessenvertretung ausgerichtet sind. Eine ähnliche Vielfalt herrscht bei den Ideen und Vorschlägen für die Herausbildung von Repräsentanz.

Dem in der Verfassung verankerten Subsidiaritätsprinzip steht ein Konzept am nächsten, das auf Basisdemokratie setzt und sowohl den Vertretern der Seniorenorganisationen als auch der Verwaltungseinheiten eine Stimme verleiht. Es beruht auf der Wahl von Vertretern der Seniorenorganisationen zuerst auf Gemeinde- und Kreisebene, dann auf Woiwodschafts- und Landesebene.

Ebene 1: Gemeindesenienerrat

Die Gemeindesenienräte besitzen, auch wenn es sich nur um Beratungs-, Konsultations- und Initiativgremien handelt, das größte Repräsentationspotenzial. Grundvoraussetzung ist eine demokratische Wahl, am besten auf einer Plenartagung der Seniorenorganisationen. Senioren wählen Senioren, während Ortsvorsteher, Bürgermeister bzw. Stadtpräsidenten die Wahlergebnisse nur bestätigen. Auf welche Weise eine Wahl durchzuführen ist, hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab und sollte schon in der

Anfangsetappe des Aufbaus des Rats konsultiert werden. Dort, wo ein starkes Seniorenenumfeld existiert, ist in der Regel die Wahl durch die Organisationen üblich. In kleineren Ortschaften wählen die Senioren selbst unmittelbar. Und natürlich gibt es auch zahlreiche Zwischenlösungen, etwa die Benennung durch die Schulzen in den Dorfgemeinden.

Die größten Herausforderungen bestehen darin, auf möglichst demokratische Weise Seniorenräte in möglichst vielen Gemeinden ins Leben zu rufen.

Ebene 2: Kreissenorenrat

Dieses Gremium hat – so wie der Gemeindesenorenrat – keine gesetzliche Grundlage. Dennoch entstehen solche Räte vielerorts in Polen. Ein Kreissenorenrat sollte sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Gemeindesenorenräte sowie der Seniorenorganisationen auf Kreisebene, die Sektionen (Ortsgruppen) in mindestens der Hälfte der Gemeinden unterhalten, zusammensetzen. Eine solche Organisation ist in den meisten Fällen der Polnische Verband der Rentner, Pensionäre und Invaliden (Polski Związek Emerytów, Rencistów i Inwalidów).

Sollten nicht in allen Gemeinden Seniorenräte bestehen (was noch lange der Fall sein wird), ist es besser, eine Überangangslösung anzuwenden. Dabei gibt es mehrere Optionen. Die Organisationen auf dem Gebiet der jeweiligen Gemeinde können ihren Vertreter bei einer Wahltagung bestimmen, was eine organisatorisch aufwändige Aufgabe darstellt, die auch entsprechende Führungspersonlichkeiten voraussetzt, und somit nicht immer praktikabel ist. Eine Alternative ist also eine solche Lösung, in der mindestens drei Seniorenorganisationen ihren Vertreter beim Kreissenorenrat benennen. Ein solcher Vertreter repräsentiert die örtliche Senioren/innen bis zum Moment der Bildung eines Gemeindesenorenrats und der Wahl eines Vertreters dieses Gremiums. Ein Kreissenorenrat kann sich konstituieren, wenn mindestens in 51% Gemeinden Seniorenvertreter berufen wurden.

Die größten Herausforderungen bestehen darin, auf möglichst demokratische Weise Seniorenräte in möglichst vielen Gemeinden ins Leben zu rufen.

Ebene 3: Woiwodschaftssenorenrat

Dieses Gremium ist ähnlich konstruiert wie der Kreissenorenrat. Es besteht aus Seniorenvertreterinnen und -vertretern aus mindestens 51% der Landkreise der Woiwodschaft. Ihre Repräsentanten bestimmen dementsprechend:

- die Kreissenorenräte;
- dort wo es keine Kreissenorenräte gibt, Plenartagungen des Landkreises. Eine solche Tagung kann von mindestens zwei Seniorenorganisationen oder den Gemeindesenorenräten einberufen werden;
- wenn keine solche Plenartagung einberufen wurden kann für eine Übergangszeit ein Vertreter von mindestens fünf Seniorenorganisationen im Landkreisgebiet benannt werden.

Dem Woiwodschaftssenorenrat gehören auch Vertreterinnen und Vertreter der woiwodschaftsweit agierenden Seniorenorganisationen an, also solcher, die ihre Sektionen (Ortsgruppen) in mindestens der Hälfte der Landkreise der Woiwodschaft unterhalten.

Ein solcher Rat, derzeit wohl der einzige in Polen, funktioniert in der Woiwodschaft Ermland-Masuren. Viel Arbeit in Anspruch genommen haben die Erarbeitung (zusammen mit den Senioren/innen) der Art und Weise der Bildung des Rats sowie die Erstellung von Prozeduren und Dokumentationen. Der Prozess der Einberufung des Rates selbst, also die Wahl der Repräsentanten in den Landkreisen und die konstituierende Versammlung, nahm etwa drei Monate in Anspruch.

Der Woiwodschaftsseniorenrat ist ein Gremium, das am Marschallamt der Woiwodschaft tätig ist, aber über eine große Selbstständigkeit und einen weiten Spielraum verfügt. Er besteht ausschließlich aus älteren Personen, Vertretern der Senioren/innen und einem Vertreter des Marschalls [des Vorsitzenden des Woiwodschaftsvorstands] als Kontaktperson. Er besitzt einen eigenen Vorstand, dem der Vertreter des Marschalls nicht angehört. Der Rat wirkt aktiv an der Gestaltung der regionalen Seniorenpolitik mit.

Ebene 4: Landesseniorenrat

Das ist das „Sahnehäubchen“ – ein Gremium, das ähnlich aufgebaut ist wie der Woiwodschaftsseniorenrat. Er setzt sich zusammen aus Vertreterinnen und Vertretern der Woiwodschaftsseniorenräte und der landesweit tätigen Seniorenverbände, die ihre Strukturen in mindestens 9 Woiwodschaften unterhalten. Empfohlen wird die Berufung eines Expertenrats (Wissenschaftler, Kommunalpolitiker, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen etc.) mit beratender Funktion ohne Stimmrecht.

Natürlich ist der hier beschriebene Vorschlag für die Bildung einer landesweiten Repräsentation der Senioren nicht ideal. Er wirft zahlreiche Fragen nach den bei der Umsetzung zu erfüllenden Bedingungen auf. Wo sollten die Räte auf den einzelnen Ebenen funktionieren – bei der Kommunalverwaltung, bei der Zentralverwaltung oder selbstständig? Wie viele Delegierte sollte eine Stadt oder eine Region haben (gleich viel oder paritätisch je nach Bevölkerungszahl)? Sind die Seniorenverbände bereit zur Zusammenarbeit, aber auch zu enormer Anstrengung und Engagement für die Sache? Wird es genügend aktive Personen geben, die dazu in der Lage sind, auf den verschiedenen Ebenen tätig zu werden? Und viele Fragen mehr, darunter eine der wichtigsten: Welche Aufgaben und Befugnisse sollten die Räte – bis hin zum Landesseniorenrat – haben?

Auf dieser Etappe scheint es jedoch, dass der wichtigste Moment die Benennung einer möglichst repräsentativen Seniorenvertretung auf möglichst demokratische Art und Weise ist. Eines ist sicher: Jede Methode eines solchen Gremiensystems muss mit denjenigen diskutiert und abgestimmt werden, um die es geht – den Bürgerinnen und Bürgern, die sich von anderen Bürgerinnen und Bürgern ausschließlich durch ihr Alter unterscheiden, zugleich aber durch ihre Erfahrung, ihr Engagement und ihren Beitrag zur Entwicklung des Landes und ihrer Heimat auszeichnen.

Bartłomiej Głuszak
Stellvertretender Vorsitzender WRZOS

Wspólnota Robocza Związków Organizacji
Socjalnych WRZOS
ul. Oleandrów 6
00-629 Warszawa
Polen
b.gluszak@federacjafosa.pl
+48 22 826 52 46

Ein paar Worte zum Schluss...

Die Möglichkeit der Selbstverwirklichung und der persönlichen Entwicklung, der Erwerb neuer Fähigkeiten, Möglichkeiten für Begegnungen, Diskussionen, Debatten, aktives "Einmischen" in Entscheidungsprozesse und die Entwicklung des Marktes für Dienstleistungen für Senioren sind die Elemente dieser Veröffentlichung. Mit anderen Worten: Nichts über uns ohne uns!

Das Wachstum der älteren Population wird oft als eine Belastung für die Gesellschaft angesehen. Es ist weder die Einzige noch die wichtigste Perspektive. Es besteht jedoch die Notwendigkeit, auf vielen Ebenen des sozialen Lebens, sowohl individuell als auch kollektiv, zu diskutieren und Veränderungen einzuführen. Die Anpassung von Infrastruktur wie auch Bildung und persönliche Entwicklung im Rentenalter können die Fortsetzung der beruflichen Karriere und das Engagement im Austausch von Erfahrungen und Wissen mit jüngeren Generationen positiv beeinflussen.

Unsere Organisation hilft gerne bei der Entwicklung der Zusammenarbeit von Seniorinnen und Senioren zwischen Deutschland, Polen und anderen europäischen Ländern. Wir stehen Ihnen zur Verfügung!

EUROSOZIAL

Paritätischer Verein für deutsch-polnische und europäische Zusammenarbeit

Marienbruchstr. 61-63

38226 Salzgitter

Deutschland

+49 5341 17 96 73

info@eurosozial.eu

www.eurosozial.eu



EUROSOZIAL – Europäische Partnerschaft für Sozialwirtschaft und Sozialarbeit

- Plattform für die Zusammenarbeit zwischen sozialen Nichtregierungsorganisationen aus Deutschland, Polen und anderen europäischen Ländern; Informations- und Erfahrungsaustausch
- Gemeinsame Aktivitäten zwecks Verbesserung von rechtlichen, politischen und finanziellen Rahmenbedingungen der Entwicklung sozialer Nichtregierungsorganisationen u. a. bei der Erbringung von Dienstleistungen vom allgemeinen Interesse
- Beratung und Unterstützung bei der Anknüpfung von internationalen Kontakten und Kooperationen zwischen sozialen Nichtregierungsorganisationen, darunter auf dem Gebiet der Projektentwicklung und -finanzierung
- Entwicklung internationaler Modellprojekte im Bereich der Sozial-, Behinderten-, Familien-, Jugend- und Seniorenpolitik
- Beitrag zur praktischen Umsetzung des Europäischen Säule Sozialer Rechte

Die BAGSO – Stimme der Älteren

Die BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und möglichst gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. In der BAGSO sind rund 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren.

Die BAGSO fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines längeren Lebens ebenso einschließt wie Zeiten der Verletzlichkeit und Hilfe- bzw. Pflegebedürftigkeit. Gegenüber Politik, Gesellschaft und Wirtschaft tritt sie für Rahmenbedingungen ein, die ein gutes und würdevolles Leben im Alter ermöglichen – in Deutschland, in Europa und weltweit.

In Positionspapieren und Stellungnahmen gibt die BAGSO Anstöße und Empfehlungen für politisches Handeln in Bund, Ländern und Kommunen. Die BAGSO veröffentlicht eine Vielzahl von Publikationen zu unterschiedlichen Themen, die kostenfrei zu bestellen sind oder auf der BAGSO-Internetseite heruntergeladen werden können.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend